

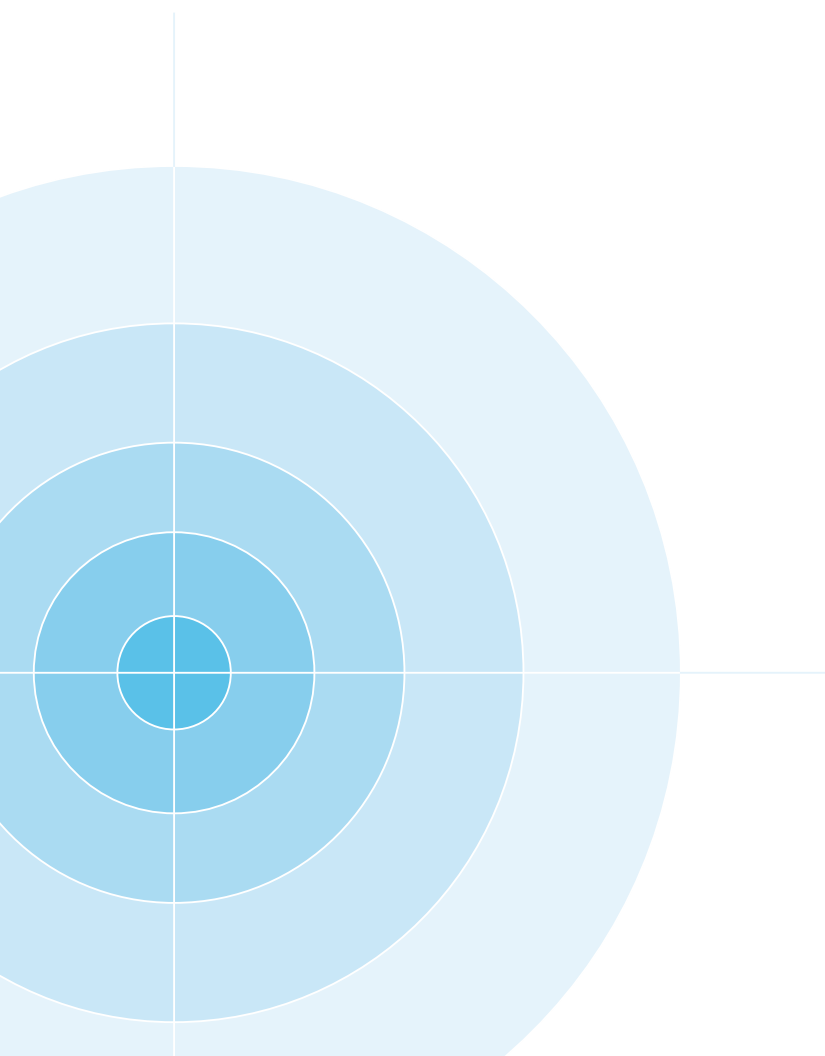
aktuelle analysen

65

Martin El-Khoury

DIE IGNORIERTE REVOLUTION?

Die Entwicklung von den syrischen Aufständen
zum Glaubenskrieg



Martin El-Khoury

DIE IGNORIERTE REVOLUTION?

Die Entwicklung von den syrischen Aufständen
zum Glaubenskrieg

Impressum

ISBN	978-3-88795-512-0
Herausgeber	Copyright 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autor	Martin El-Khoury
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Vorwort

Als der sogenannte „Arabische Frühling“ im Jahr 2011 zu blühen begann, verbanden sich mit ihm große Hoffnungen sowohl in weiten Teilen der Bevölkerungen Tunesiens, Ägyptens, Libyens und Syriens selbst als auch bei den Beobachtern im Ausland. Die Erwartungen an eine breite Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung waren allerorten groß – und wurden weitgehend enttäuscht. Libyen als zerfallender Staat, die Ausbreitung des selbsternannten „Islamischen Staates“, ein autoritäres Regime in Ägypten und ein verheerender Krieg in Syrien kennzeichnen die Lage wenige Jahre später. Hinzu kommen die Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten, die bereits seit Jahrzehnten andauern und sich kontinuierlich verschärfen. Mitursächlich für diese fatale Entwicklung sind die Interventionen ausländischer Mächte, die die Konflikte für ihre eigenen Interessen nutzen und verschärfen. Sie haben zur Destabilisierung einer ganzen Region beigetragen. Der Flächenbrand hat inzwischen Auswirkungen, die weit über die Grenzen der genannten Länder hinaus reichen. Der Massenzustrom von Flüchtlingen nach Europa ist nur ein Beispiel dafür, ein weiteres die Risiken, die sich aus dem unmittelbaren Eingreifen der Großmächte USA und Russland in Syrien ergeben.

Das Regime in Syrien ging gegen die 2011 beginnenden Proteste mit großer Härte vor, was wiederum Gegengewalt provozierte. Politische Unruhen breiteten sich aus, ausländische Mächte beförderten die Entwicklung zum Bürgerkrieg. Der inzwischen im sechsten Jahr tobende Krieg ist heute zu einem Stellvertreterkrieg zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, zwischen Schiiten und Sunniten, geworden. Eine internationale Koalition, die von den USA angeführt wird, startete im September 2014 Luftangriffe auf Syrien, die gegen den Vormarsch des „Islamischen Staates“ gerichtet waren. Inzwischen haben auch die Türkei und Russland massiv in den Konflikt eingegriffen – mit der Folge einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon größten humanitären Katastrophe seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Inzwischen benötigen mehr als zwölf Millionen Menschen (nahezu die Hälfte der Bevölkerung) Hilfen zum Überleben. Rund acht Millionen Syrer sind zu Vertriebenen im eigenen Land geworden, mehr als vier Millionen mussten als Flüchtlinge das Land verlassen. Die Vereinten Nationen haben bislang offiziell 250.000 Todesopfer gezählt, die unabhängige Nichtregierungsorganisation „Syrian Centre for Policy Research“ sprach im Februar 2016 sogar von 470.000. Unbestritten kommen die meisten Flüchtlinge weltweit seit 2014 aus Syrien.

Die vorliegende Studie analysiert die vielschichtigen Ursachen und Zusammenhänge des Konflikts präzise und auf der Grundlage einer profunden Kenntnis der Geschichte Syriens sowie der Lage im Land. Auf diese Weise gelingt es dem Autor, die hochkom-

plexe und verwirrende Lage plausibel zu erklären und ein gutes Stück transparenter zu machen. Die Studie fügt sich damit ein in die Gesamtstrategie der Hanns-Seidel-Stiftung, im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ durch die Bereitstellung von Informationen zum Themenbereich Flucht und Migration zu einer Versachlichung der Debatten im In- und Ausland beizutragen.

Dr. Philipp W. Hildmann

Leiter Büro der Vorsitzenden sowie
Beauftragter für Interkulturellen Dialog

PD Dr. Stefan Luft

Institut für Politikwissenschaft,
Universität Bremen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Einleitung	7
2. Die politische Situation Syriens	8
2.1 Die Säulen des Assad-Regimes	8
Pro-palästinensische Rhetorik des Assad-Regimes	8
Panarabische Rhetorik	10
Syrien als säkulare Gesellschaft	11
Religiöse Minderheiten	11
Innere Sicherheit	14
Soziales Gleichgewicht	14
Bashar Al-Assad	15
2.2 Der Aufstand in Syrien	16
Die sozioökonomische und politische Vorgeschichte	16
Keine Freiheit für Andersdenkende	17
Das Verbot der Muslimbruderschaft	18
Wassermangel, Landflucht und Bevölkerungsexplosion	19
Die ökonomische Öffnung des Landes	19
Der Konflikt zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung	20
2.3 Der Aufstand beginnt	21
2.4 Vom friedlichen Protest zum bewaffneten Aufstand	23
2.5 Die wesentlichen oppositionellen Akteure	25
Die Freie Syrische Armee	25
Sunnitisch-geprägte Hilfsorganisationen	26
Al-Nusra-Front	26
ISIS / IS	27

3.	Ursachen für die „Ignorierte Revolution“	29
3.1	Erste Annahme	29
	Ökonomische Faktoren:	
	Rentierstaatlichkeit und die Loyalität der Unternehmer	29
	Gesellschaftliche Faktoren	30
	Revolten und Massenproteste	31
3.2	Zweite Annahme	33
3.3	Dritte Annahme	41
3.4	Vierte Annahme	47
3.5	Fünfte Annahme	49
3.6	Sechste Annahme	51
4.	Überprüfung der Grundannahme und Schlussfolgerung	56
5.	Literaturverzeichnis	57

Die ignorierte Revolution?

Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg

Martin El-Khoury

1. Einleitung

„Das Volk fordert den Sturz des Regimes!“ Diese Worte sprühten der damals fünfzehnjährige Bashir Abazed und seine Freunde an die Mauern ihrer Schule. Geschehen ist dies im Jahr 2011 an einem warmen Februartag im syrischen Daraa. Sie taten dies, wie sie später sagten, aus Langweile (Schlesier 2013). Dass diese Worte eine blutige Revolution auslösen würden, die drei Jahre später zu einem Glaubenskrieg in ihrem Heimatland eskalieren sollte, hatten sie nicht ansatzweise für möglich gehalten. Ihre jugendlich-naive Aktion sollte nicht nur persönliche Konsequenzen für Bashir, seine Freunde und die Familien der jungen Männer haben, sondern den sogenannten „Arabischen Frühling“, der seinen Auslöser in Tunesien hatte und sich von dort über Ägypten nach Libyen ausbreitete, in das Heimatland der Jungen bringen.

Einst war Syrien sowohl in der arabischen als auch in der westlichen Welt ein Land, das besonders wegen seines historischen und kulturellen Werts für Menschen aller religiösen Zugehörigkeiten ein beliebtes Reise- und Pilgerziel war. Es war ein Land, in dem Säkularität von nahezu allen Teilen der Gesellschaft gelebt wurde und das insbesondere für seine innere Stabilität und Sicherheit, aber auch für seine offene und willkommen heißende Atmosphäre für die Menschen aller Herren Länder berühmt war. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahren ebenso drastisch gewandelt wie die politische und gesellschaftliche Gemengelage in Syrien – und mit ihr auch die Berichterstattung in den Medien. War manch einer anfangs noch entsetzt darüber, dass die Revolution gegen den syrischen Staatspräsidenten Bashar Al-Assad in den deutschen Medien um einiges weniger präsent war als die Aufstände in Tunesien, Libyen und Ägypten, so gilt das Entsetzen vieler inzwischen der Dichte an Berichten und Neuigkeiten, die einen heute sowohl aus den arabischen als auch aus den westlichen Medien erreichen.

Von der Revolution gegen Assad wird allerdings nicht mehr gesprochen. Die Aufmerksamkeit gilt einem Glaubenskrieg, der nach der Bürgerbewegung entstanden ist. Die Angst und der Schrecken, die von der radikalislamistischen Terrororganisation ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) oder der Al-Nusra Front nicht nur in den direkt betroffenen Ländern, sondern überall auf der Welt verbreitet werden, haben die zu Beginn friedliche syrische Revolution vollkommen aus dem Bewusstsein der Menschen gelöscht.

2. Die politische Situation Syriens

2.1 Die Säulen des Assad-Regimes

Das Regime der Baath-Partei in Syrien hat es seit der Machtübernahme im Zuge der März-Revolution am 8. März 1963 durch Hafez Al-Assad kontinuierlich geschafft, das Volk für sich zu vereinnahmen. Auch nachdem die ersten regierungskritischen Rufe, Äußerungen und Demonstrationen zu vernehmen waren, rekrutierte es Scharen von Syrern zu regierungsunterstützenden Demonstrationen (Anderson 2012). Hier liegt ein grundlegender Unterschied zu den anderen, vom „Arabischen Frühling“ betroffenen Ländern. Während es die Regime in Ägypten, Tunesien, Libyen oder im Jemen nicht schafften, von ihrem Volk auf der Straße unterstützt zu werden, waren in Damaskus hunderttausende Menschen auf der Straße und skandierten lauthals den berühmten Spruch, der immer wieder bei öffentlichen Veranstaltungen zu hören war: „Mit unserer Seele, mit unserem Blut, werden wir für dich kämpfen Bashar!“ (Wieland 2012: 79).

Die Anzahl der Regierungsunterstützer blieb auch nach Ausbruch der ersten Aufstände aus verschiedenen Gründen sehr hoch. Neben einer zweifelsohne sehr hohen Zahl an ehrlichen und überzeugten Unterstützern wurden insbesondere diejenigen, die im öffentlichen Sektor tätig waren, dazu aufgefordert, sich hinter das Regime zu stellen und an solchen Pro-Assad-Veranstaltungen aktiv teilzunehmen (Wieland 2012: 79). Trotz der unübersehbaren sozialen Ungleichheiten im Land war die Unterstützung für den Machthaber also überdurchschnittlich groß. Im Folgenden werden die Säulen des Assad-Regimes, die das System der Assad Familie seit ihrer Machtübernahme stützten, näher beleuchtet. Hierbei sind es verschiedene Aspekte, die jeweils entweder unter die Regierungszeit Hafez Al-Assads oder Bashar Al-Assads fallen. Anhand dieser Aspekte soll veranschaulicht werden, wie es dem Regime trotz der Unruhen gelang, einen großen Teil des Landes zu vereinnahmen und als Unterstützer zu gewinnen.

Pro-palästinensische Rhetorik des Assad-Regimes

Neben Syrien wurde auch der Irak lange Zeit von der Baath-Partei unter der Regentschaft des verstorbenen Diktators Saddam Hussein regiert. Dennoch unterschieden sich die beiden Regime insbesondere in der Art und Weise, wie sie mit dem Konflikt zwischen Palästina und Israel umgegangen sind. Beide einte zwar die Abneigung gegenüber Israel. Diese äußerte sich für viele Beobachter allerdings auf verschiedene Art und Weise. Dabei kam dem Irak die Rolle des absoluten Hardliners gegenüber Israel zu.

Viele Quellen sehen Syrien in einer ähnlichen Position. Dabei wird Syrien unter den Assads zumeist als Anwalt Palästinas betrachtet. Die israelische Besatzung palästinensischen Ge-

biets war eines der täglichen Hauptthemen – wenn nicht gar das Hauptthema schlechthin – in der syrischen Staatspresse (Stäheli 2001). Das Assad-Regime hatte mit dieser öffentlich nach Außen dargestellten, emotional aufgeladenen anti-israelischen Propaganda ein einfaches Vehikel, die öffentliche Unterstützung für sich zu gewinnen und die Öffentlichkeit von sozioökonomischen und politischen Problemen in der Heimat abzulenken. Daher war das Regime nimmermüde, die großen Probleme der Palästinenser zu ihren eigenen zu machen. Dennoch lässt sich bei genauerer Betrachtung feststellen, dass es sich zeitweise nur um politische Rhetorik handelte, der wenige bis keine Taten folgten. Ähnlich wie andere Länder duldeten die Syrer die rund 500.000 Flüchtlinge im Land als tolerierte Gäste, sahen sie jedoch nicht als Brüder oder Ihresgleichen an, obwohl sie rein juristisch die selben Rechte genossen wie geborene Syrer (Programme Coordination & Support Unit 2011).

Dennoch stellte diese pro-palästinensische und anti-israelische Rhetorik ein willkommenes Mittel dar, einen Konsens in der heterogenen Bevölkerung zu schaffen. Bashar Al-Assad selbst ließ kaum Gelegenheiten aus, eine klare, aus westlicher Perspektive nicht nachvollziehbare und tolerierbare Meinung zu Israel zu äußern. In einer Rede im März 2001 bezeichnete er die israelische Gesellschaft als rassistischer als die deutsche Gesellschaft unter dem Naziregime von Adolf Hitler (Perthes 2002: 212). Als er den katholischen Papst Johannes Paul II. zwei Monate später in Syrien willkommen hieß, verfiel er wiederholt in judenfeindliche Aussagen. So sagte er etwa, dass die Juden die Mörder von Jesus Christus gewesen seien und versucht hätten, alle Prinzipien des göttlichen Glaubens mit derselben Einstellung auszurotten, mit der sie Jesus ermordet und Verrat gegen den Propheten Muhammed begangen hätten (Levertt 2005: 125). Diese Haltung wurde durch die vielen religiösen Gruppen hinweg im gesamten syrischen Volk geteilt, was sicherlich auch zum Volksfrieden in Syrien beitrug. Neben den positiven Effekten auf das syrische Volk stellte die Israel-Politik Syriens auch eine Trumpfkarte im Bereich der internationalen Beziehungen dar. Syrien war insbesondere seit der immer stärker aufblühenden Wirtschaft und der immer größer werdenden Anerkennung im internationalen Geflecht ab 2008 ein wichtiger Ansprechpartner während des Konflikts. Diesen Trumpf spielte Assad immer wieder aus, um außenpolitische Ziele zu erreichen (Wieland 2012: 82).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die syrische Regierung sowohl unter Hafez als auch unter Bashar Al-Assad offen die Feindschaft gegen Israel bekundete. Das fand in der syrischen Bevölkerung große Zustimmung. Standen doch im Nahen und Mittleren Osten viele Regierungen in Verruf, ihr Handeln nach den Interessen der US-Regierung zu richten. Die Assad-Regierung unterschied sich in diesem Punkt von den Nachbarstaaten. Im Gegensatz zu ihnen hatten die Assads nie einen vergleichbaren Ruf. Sie galten vielmehr als zwei von wenigen, die der Weltmacht Paroli geboten haben. In einem Interview mit dem Wall Street Journal am 31. Januar 2011 unterstrich Bashar Al-Assad dieses Image (The Wall Street Journal 2011).

Des Weiteren unterstützte die Assad-Regierung die Hamas und die Hisbollah aus dem benachbarten Libanon und Palästina, die vom Westen als Terrororganisationen bezeichnet werden. Mit dieser offen bekundeten Unterstützung, die im ganzen Land in Form von Bildern der führenden Persönlichkeiten dieser Organisationen an Hauswänden, Fahrzeugen und öffentlichen Räumen sichtbar wurde, punktete das Regime bei den radikaleren muslimischen Gruppen im Land und bei allen Gegnern Israels. Die offen gezeigte Unterstützung sollte die Bürger mit islamistischen Tendenzen in Teilen der Bevölkerung auffangen. Nachdem unter Bashar Al-Assads Vater die Muslimbruderschaft aus Syrien vertrieben wurde, hatte sich insbesondere der große Teil der sunnitischen Bevölkerung stark von der Assad-Regierung distanziert. Die Außenpolitik Bashars bewirkte aus diesen und anderen Gründen somit eine große inhaltliche Übereinstimmung zwischen der Regierung und der Bevölkerung. Das Primat der syrischen Außenpolitik ist für die syrische Staatsraison deshalb von existenzieller Bedeutung. Bashar setzte die – aufgrund der geografischen Lage – immense Bedeutung seines Staates im internationalen Geflecht regelmäßig dazu ein, um innenpolitische Ungleichgewichte auszutariieren und die Unzufriedenheit seines Volkes mit der Innenpolitik auszugleichen (Stäheli 2001; Mohns/Cavatorta 2010; Beck 2006).

Panarabische Rhetorik

Die Idee des Panarabismus ist eine Sonderform des arabischen Nationalismus. Sie will die arabische KulturNation im Sinne der gemeinsamen Sprache und Kultur, also alle Araber vom Atlantik bis zum Persischen Golf, in einem Nationalstaat vereinen (Elger/Stolleis 2008). Dem Panarabismus wird zumeist die gemeinsame arabische Sprache zugrunde gelegt. Als der Irak-Krieg begann und die Syrer die Bombardements der irakischen Hauptstadt live auf ihren TV-Bildschirmen verfolgten, trafen sich die Menschen in Damaskus auf der großen Präsidentenbrücke im Zentrum der Hauptstadt. Von dort marschierten sie durch die Straßen und bekundeten mit ihrem Slogan „Wir alle sind Iraker“ ihre Solidarität mit den Bürgern ihres Nachbarlandes (Wieland 2004). Sie hielten Plakate in die Luft, auf denen der jordanische König Abdullah II. und der ägyptische Präsident Mubarak in engen Büstenhaltern und weiblichen Kleidern zu sehen waren. Sie beschimpften die Unterstützer der US-Invasion damit als Huren der Vereinigten Staaten von Amerika unter George W. Bush und der Zionisten (Al Hayat 2003).

Überraschenderweise war Syrien verglichen mit allen anderen Staaten in der Umgebung zu dieser hochgradig unruhigen Zeit eine Oase der Ruhe, des Friedens und der Stabilität (Haddad 2011). Das syrische Volk stand nahezu geschlossen grenzübergreifend solidarisch hinter dem irakischen Machthaber Saddam Hussein und damit auch im Einklang mit der politischen Marschrouten Assads. In vielen anderen Ländern der Region sah es diametral anders aus. In den syrischen Nachbarstaaten gab es im Zuge des Irak-Kriegs eine hohe Zahl an Anti-Hussein-Demonstrationen. Auch aus diesem Grund schauten viele Araber

voller Bewunderung auf das Regime in Damaskus, welches geeint mit seinem Volk eine hochgradig unpopuläre Ansicht im internationalen Geflecht vertrat und den USA die Stirn bot – trotz zahlreicher Einschüchterungsversuche seitens der USA (Beck 2006). So nahm beispielsweise der langjährige syrische Außenminister auch öffentlich kein Blatt vor den Mund, als er die Administration George W. Bushs öffentlich als die „gewalttätigste und dümmste“ Regierung, welche die USA jemals hatten, bezeichnete (Al Hayat 2003). Aller Einigkeit und Zustimmungsbekundungen zum Trotz muss festgehalten werden, dass sich die irakische und die syrische Baath-Partei alles andere als einig waren. Zwar teilten beide die Idee eines panarabischen Nationalismus. Sie lebten ihn aber vollkommen unterschiedlich aus. Beide Parteien standen sich seit 1966 nahezu feindselig gegenüber (Speer 2010). Die Ursache hierfür liegt darin, dass die syrischen Baathisten einen sozialen Umbruch in ihrer Gesellschaft wollten und ihrem Heimatland die oberste Priorität zuschrieben, wohingegen die irakischen Baathisten jede nationale Agenda kritisierten (Wieland 2012: 85). Nach dem Sturz Saddam Husseins fiel der syrischen Baath-Partei das Monopol über die Ausgestaltung der panarabischen Ideologie zu. Dieses Monopol stellte auch eine Legitimierung für das Assad-Regime dar, da das Regime mit seiner unnachgiebigen Position gegenüber den USA zusätzlich Sympathiepunkte gesammelt hatte und ihm nun die Verantwortung oblag, den Panarabismus weiterzuentwickeln und ihn zum Gegenpol zu den USA auszugestalten (Wieland 2012: 85). Dies schloss die Reihen der Bevölkerung – insbesondere der syrischen Baathisten – noch enger, wohingegen Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien als Verräter angesehen wurden.

Syrien als säkulare Gesellschaft

In einem der bekanntesten und beliebtesten Lieder des syrischen Sängers Ali Al Deek besingt der Künstler den durch die syrische Regierung vorgelebten und von der Gesellschaft akzeptierten Säkularismus. Eine der Zeilen des Liedes, in der die Stärke und Schönheit des Landes besungen wird, lautet: „Genießt es, Ihr Syrer, genießt die Liebe eures Heimatlandes, in dem die Bibel mit dem Koran Hand in Hand geht.“ (Ali Al Deek, „Sabbah Al Kheir Syria“) Fragte man vor den Aufständen Syrer auf den Straßen der Hauptstadt, hörte man immer wieder dasselbe. Die Syrer sahen ihr Regime als eine starke Regierung, die sowohl radikalen Islamismus als auch christliche Fanatiker bekämpfte und sich selbst nicht in die Religion der Menschen einmischte.

Religiöse Minderheiten

Syrien verfügt über eine sehr heterogene Bevölkerungsstruktur. Daher fühlten sich insbesondere die Minderheiten im Land so lange sicher, wie Bashar Al-Assad die Macht hatte. Diese religiösen Minderheiten sind eine weitere Stütze seines Regimes. Syrien als Vorzeige-

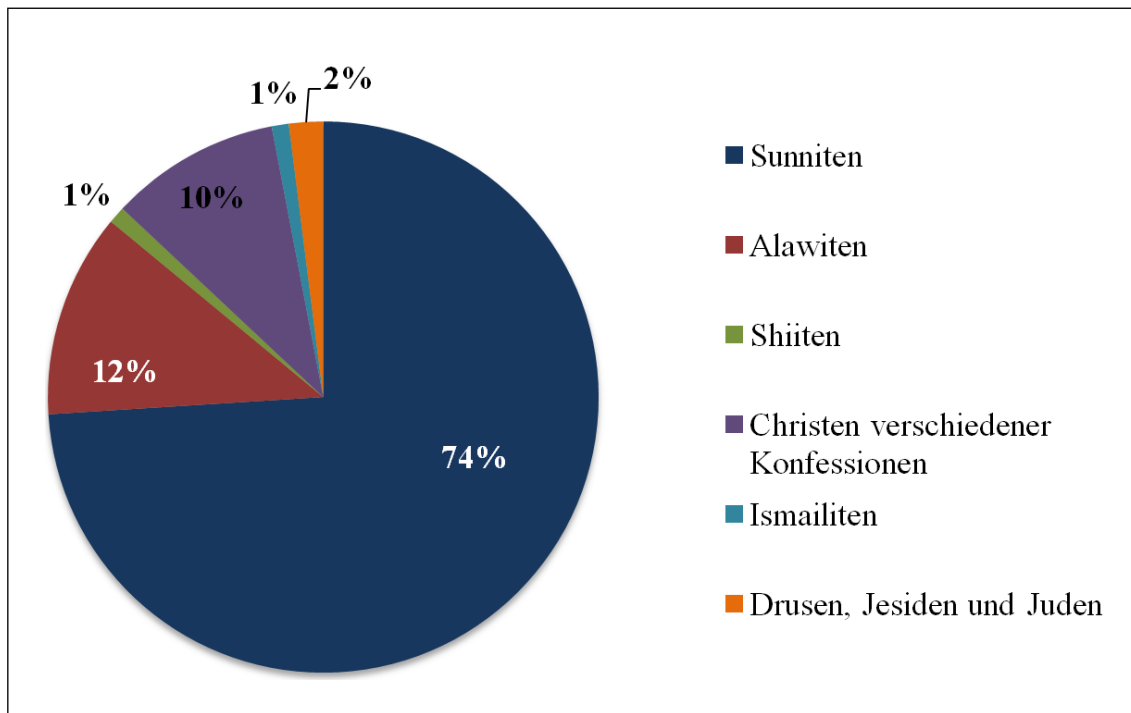
staat an religiöser Toleranz zu bezeichnen, wäre übertrieben. Dennoch lebten hier sehr viele verschiedene Religionsgruppen jahrzehntelang friedlich zusammen. In diesem Bereich hob sich Syrien deutlich von vielen seiner Nachbarstaaten ab. Die weitgehend vorurteilsfreie Grundhaltung der syrischen Bürger gegenüber der jeweiligen religiösen Zugehörigkeit weckte vor allem bei den zahlreichen religiösen Minderheiten im Land ein gewisses Vertrauen. Insbesondere die große Gruppe der Christen fühlte sich unter dem Assad-Regime sicher und aufgehoben. Ein Blick auf ihre nähere Umgebung im Nahen und Mittleren Osten zeigte ihnen immer wieder deutlich, dass sich die Lage der Christen signifikant verschlechterte, sobald Islamisten an Einfluss gewannen (Tamcke 2013).

Syrien war anfänglich also weitgehend frei von religiösen Spannungen im Land. Die Menschen störten sich nicht an Kirchen und den christlichen Feiertagen. Aufgrund dieser Tatsache genoss Assad bei den religiösen Minderheiten durchaus Ansehen. Die Vertreter der Religionsgemeinschaften stellten sich teilweise offen hinter ihn und unterstützten ihn auch öffentlich nach dem Ausbruch der Demonstrationen im Land. Da Assad selbst einer ethnischen Minderheit angehört, sorgten sich andere Minderheiten nicht um seine Vertrauenswürdigkeit. Dies wurde bei den zu Beginn der Aufstände zahlreichen Pro-Assad-Demonstrationen deutlich, bei denen insbesondere Christen und Alawiten zahlreich erschienen waren. Die Ursache für diese Toleranz lässt sich historisch festmachen. So stand vor der Machtergreifung der Baath-Partei und Hafez Al-Assad in der Verfassung festgeschrieben, dass der syrische Staatschef ein sunnitischer Muslim sein müsse. Assad konnte damit den Präsidentenposten zunächst einmal nicht besetzen und installierte übergangsweise einen Interimspräsidenten, der die Verfassung in diesem Bereich änderte. Von diesem Zeitpunkt an musste der syrische Staatspräsident in erster Linie syrischer Staatsbürger und in zweiter Linie ein Muslim sein (Syrische Verfassung o. D.). Ob Schiit, Sunnit oder Alawit spielte dabei keine Rolle.

Der Großteil der Syrer war und ist nach wie vor sehr stolz darauf, dass in Syrien Menschen aus über zwanzig religiösen Gemeinschaften über Jahrhunderte friedlich miteinander gelebt haben.

Die syrische Regierung selbst hat keine genauen und regelmäßigen Studien über die religiöse Zusammensetzung des Landes erstellt. Aber die hier gezeigte Abbildung 1 verdeutlicht insbesondere die Dominanz der Sunniten, die knapp drei Viertel der Bevölkerung ausmachen. Ca. 12 % der Einwohner sind Alawiten, gefolgt von den verschiedenen Gruppen der Christen mit ca. 10 %. Schiiten, Juden und Drusen im Land stellen eine sehr kleine Minderheit dar. Als Konsequenz dieses religiösen Mosaiks war die Regelung des alltäglichen Lebens in Syrien von großer Flexibilität und hohem Pragmatismus geprägt (Hissou 2014). Während Muslime ihre Geschäfte freitags schlossen, verfuhrten die Christen anders und schlossen ihre sonntags. Die Juden wiederum öffneten ihre Läden nicht an Samstagen. Um Einbrüche und Vorfälle zu vermeiden, beobachteten die Inhaber der Nachbarläden die

Abb. 1: Religiöse Zusammensetzung in Syrien



Daten: <http://static.cosmiq.de> (2013), eigene Darstellung

Geschäfte der jeweils Andersgläubigen. Nicht nur viele christliche Bürger kauften ohne darüber nachzudenken bei ihren muslimischen Freunden ein. Auch viele Muslime – insbesondere Musliminnen – frequentierten in Scharen die modernen und modischen christlichen Geschäfte. Ein weiterer Aspekt, der die große Toleranz und den Fokus auf Gleichberechtigung in der syrischen Gesellschaft und Politik zeigt, ist, dass es Muezzinen in Syrien gesetzlich verboten war, gleichzeitig mit Lautsprechern zum Gebet aufzurufen. Sie sollten den Aufruf im Wechsel machen, um Zugehörige anderer Glaubensgruppen nicht zu stören (Perthes 1990: 230). Mit der einzigen Ausnahme, dass nur ein Muslim syrischer Staatspräsident werden konnte, genossen alle in Syrien lebenden Menschen vor dem Gesetz absolute Gleichberechtigung (Wieland 2012: 90). Auch aus diesem Grund ist die Zahl an Kirchen in Syrien für ein überwiegend islamisches Land außergewöhnlich hoch. Wie die Moscheen genossen auch sie zahlreiche steuerliche Vorteile.

Syriens Attraktivität für Minderheiten in der Region wurde besonders nach dem Irak-Krieg deutlich. Christen, die zwischen Euphrat und Tigris lebten, flohen in Scharen vor der Gewalt in ihrem Heimatland und ließen sich in Damaskus nieder (Bank/Harders 2008). Nachdem im Irak immer mehr Kirchen angegriffen wurden, stieg die Migration weiter. Der Unterschied zwischen dem Irak und seinem ruhigen und religiösen Minderheiten gegenüber sehr toleranten Nachbarn Syrien konnte gravierender kaum sein. Alleine im

Sommer 2004 flohen geschätzt 250.000 Christen aus dem vom Krieg gebeutelten Irak nach Syrien (Zoepf 2004). Das Baath-Regime, sowohl unter Bashar Al-Assad als auch zuvor unter seinem Vater, war sehr erfolgreich darin, sich als Vermittler zwischen den Religionen zu präsentieren und damit auch das Image zu erhalten, ein Garant für religiöse Toleranz in Syrien zu sein. Bashar Al-Assad genoss es vom syrischen Fernsehen mit den christlichen Glaubensführern gefilmt zu werden, ganz egal ob es einer der christlichen Patriarchen oder der Papst war. Diese Haltung hat dem Präsidenten insbesondere nach dem Ausbruch der ersten Aufstände eine große Unterstützung seitens vieler religiöser Minderheiten gesichert.

Innere Sicherheit

Auch die innere Sicherheit ist eine der stützenden Säulen des Assad-Regimes gewesen. Nicht zuletzt mit Hilfe des gigantischen Mukhabarat-Netzwerks entging den Entscheidungsträgern und mächtigen Männern um Assad herum wenig. Das syrische Regime beanspruchte für sich schon unter Hafez Al-Assad die absolute Kontrolle über sämtliche Geschehnisse und Ereignisse im Land. Dementsprechend war es für Kriminelle schwierig, sich ohne Mitwissen der Regierung zu organisieren und Aktionen zu planen. Syrien war ein Polizeistaat, und einer Schätzung zufolge war unter 153 Syrern, die das fünfzehnte Lebensjahr vollendet haben, einer, der Mitglied in einem der fünfzehn Geheimdienste war (Ziadeh 2012: 24; Rathmell 1996). Recht und Ordnung galten in Syrien sowohl für Einwohner als auch für Touristen sprichwörtlich. Natürlich gab es trotzdem Bandenkriminalität und Drogengeschäfte im Land, insbesondere in der Handelsmetropole Aleppo, doch die Kriminalitätsrate im Land blieb – ungeachtet dessen – extrem niedrig.

Neben der strikten Überwachung durch den Staat lag ein weiterer Grund für die innere Sicherheit und den Frieden im Land in den von der Vielzahl der Syrer gelebten Werten und Traditionen. Trotz des gesellschaftlichen Wandels folgten die Syrer einem strengen moralischen Kodex. Tatsächlich waren die Menschen auf den syrischen Straßen, Männer wie Frauen, insbesondere in der Hauptstadt Damaskus sehr sicher. Das Regime zog einen Großteil seiner Legitimität aus dieser inneren Sicherheit.

Soziales Gleichgewicht

Um sich die Unterstützung der Bauern im Land zu sichern, kaufte die Regierung traditionell die Nutzpflanzenerzeugnisse der Farmer zum doppelten Marktpreis (Wieland 2012: 94). Außerdem erhöhte sie in regelmäßigen Abständen die Gehälter und Renten der Beamten. Die Regierung tat dies, um den unausweichlich steigenden Preisen – vor allem für Importe wegen der schwachen Währung Lira – vorzubeugen und die Grundernährung

der Bevölkerung zu gewährleisten. Gleichzeitig schützte sich die syrische Regierung mit diesen Mitteln gegen die von den USA verhängten ökonomischen Sanktionen. Eine Zusage weiterer sozialer Unterstützung war auch eine der ersten Reaktionen der syrischen Regierung, nachdem sich in den arabischen Nachbarländern schrittweise der „Arabische Frühling“ abzeichnete. Dennoch wackelte Syriens im Großen und Ganzen geschlossene Wirtschaft und wurde über die Zeit immer instabiler (Schneiders 2013). Es war offensichtlich, dass die Politik nicht langfristig so verfahren konnte. Dennoch diente die Vorgehensweise der Regierung als Anreiz für die arme Bevölkerung, den Status quo beibehalten zu wollen.

Bashar Al-Assad

War man vor den Aufständen in den Straßen Syriens und insbesondere der Hauptstadt unterwegs, sprang eine Sache sofort ins Auge: Überall hingen Bilder des Präsidenten. Ob an Hauswänden oder Taxis, Läden oder in Restaurants. Das Gesicht Bashar Al-Assads war allgegenwärtig. Entgegen nachvollziehbarer Vermutungen war dies jedoch in keiner Weise von der Regierung vorgeschrieben. Eine gewisse Verehrung des Präsidenten wurde zwar jahrzehntlang von oben diktiert, doch hatte sich um den Präsidenten herum ein Kult entwickelt, der von der Bevölkerung getragen und gelebt wurde. Hintergrundbilder auf Handys zeigten den Präsidenten häufig mit Sonnenbrille. Er genoss nahezu das Image eines Popstars (Wieland 2012: 100). Dieser Kult ist vor allem damit zu erklären, dass er im Gegensatz zu seinem Vater sehr volksnah regierte. Bashar Al-Assad verließ häufig den Präsidentenpalast ohne sichtbare Bodyguards, um in Damaskus Gemüse einzukaufen oder mit seiner Familie in einem der vielen Restaurants essen zu gehen. Die Menschen erfreuten sich an diesen Geschichten, da sein Vater in seiner 30-jährigen Amtszeit eher das Image des unberührbaren Führers genossen hatte, der von seinem Palast aus diktierte und führte (Lesch 2005).

Obwohl diese Beliebtheit Bashars nach den ersten erfolglosen Reformversuchen einen Rückschlag erlitt, hatte der junge Präsident in der Gesellschaft weder das Image, seine Hände seien mit Blut befleckt, noch er sei radikal oder inkompetent. Bashar Al-Assad war es relativ schnell und sehr erfolgreich gelungen, sich von der rückständigen Politik seines Vaters zu distanzieren (Ziser 2007). Fehler wurden und werden von der breiten Masse der Bevölkerung nach wie vor eher in Assads Umfeld als bei Bashar selber gesucht. Dies ist eine Konsequenz aus dem Führerkult und dem Tabu, den Präsidenten direkt zu kritisieren. Für viele Syrer war Bashar Al-Assad die personifizierte Sicherheit, Stabilität und Hoffnung auf eine Modernisierung Syriens (Marsing 2012).

2.2 Der Aufstand in Syrien

Die sozioökonomische und politische Vorgeschichte

Der „Arabische Frühling“ ist ein Begriff, der Nachrichten und Forschung über den Nahen Osten in den letzten Jahren ständig begleitet. Auch die Aufstände in Syrien zählen zu einer Kette von historisch-politischen Ereignissen, die im Zuge der Aufstände in Tunesien, Ägypten und Libyen irgendwann auch Syrien erreichten. Als Ende Januar 2011 Scharen von Menschen auf den Tahrir-Platz in Kairo drängten, um den langjährigen Präsidenten Hosni Mubarak – letztlich auch erfolgreich – in Bedrängnis zu bringen, betrachteten die Syrer die Ereignisse gebannt vor ihren Fernsehbildschirmen. Sie verfolgten die Proteste live über zahlreiche TV-Sender, insbesondere über den wohl bekanntesten Fernsehsender aus dem arabischen Raum, „Al Jazeera“.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Syrer nicht im Geringsten geahnt, dass sich die Bilder, die sie auf ihren Fernsehbildschirmen beobachteten, in naher Zukunft in ihrem eigenen Land abspielen sollten. Syrien galt zwar gemeinhin als eines der wenigen stabilen Länder in einer der unruhigsten Regionen der Erde, dennoch gab es durchaus ökonomische und politische Ereignisse in der jüngeren wie in der älteren Vergangenheit, die den Ausbruch einer Revolution prophezeiten (Leukefeld 2013: 23). Doch das Volk, insbesondere die jugendliche Bevölkerung im Alter von zwanzig bis dreißig Jahren, wünschte sich keine Revolution. Ihr Wunsch war vielmehr, dass sich die Veränderungen, welche in der Vergangenheit in Syrien zu beobachten waren, festigten. Bildung und Ausbildung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der syrischen Hauptstadt Damaskus, einen Anstieg an politischer und ökonomischer Teilhabe sowie eine moderne Demokratie nach europäischem Vorbild – so hießen die Wünsche der jungen Syrer (Leukefeld 2013:24). Ihr Präsident Bashar Al-Assad wurde entgegen der weitverbreiteten Vermutung aus dem Westen weniger als Diktator, sondern vielmehr als Reformler und Modernisierer angesehen (Marsing 2012). Mit seiner jungen, aufgeschlossenen und engagierten Frau an der Seite war er einer der modernsten und offensten Machthaber in der arabischen Welt.

Kurz vor dem Ausbruch der Revolutionswelle in Syrien gab Assad dem US-amerikanischen Magazin „Wall Street Journal“ ein ausführliches Interview. In diesem Gespräch äußerte er sich unter anderem zu den Ereignissen in Tunesien und Ägypten. Er sagte, dass der Staat und die ihm angehörigen Institutionen mit den Forderungen und Bedürfnissen ihres Volkes schritthalten müssten. Dazu gehöre, dass politische Stagnation überwunden werde und sich die politische Führung der Modernisierung der Gesellschaft anpassen müsse. „Bei einer wirklichen Reform geht es darum, wie man die Gesellschaft öffnet und einen Dialog aufnimmt“, so Assad wörtlich (The Wall Street Journal 2011). Syrien sei im Verhältnis zu den Ereignissen in Tunesien und Ägypten stabil.

Durch ein explosionsartiges Bevölkerungswachstum als Folge der Aufnahme von 1,5 Millionen irakischen Flüchtlingen und eine langjährige Dürre im Land hatte sich vieles sogar verschlimmert (Leukefeld 2013: 25). Assad versuchte, die staatliche Planwirtschaft umzustellen und eine „soziale Marktwirtschaft“ daraus zu machen. Die Märkte wurden liberalisiert, und das Land öffnete seine Grenzen für ausländische Investoren. Insbesondere der letzte Faktor, der gerade für die wohlhabende, städtische Bevölkerung ein großes Pro-Argument für Assad darstellte, bedeutete für viele kleine und mittelständische Betriebe das endgültige Aus (Leukefeld 2013: 25). Auf die stetig ansteigende Arbeitslosigkeit folgten keine politischen Reformen, und die wenigen Mutigen, die wagten, sich regierungskritisch zu äußern, wurden entweder eingesperrt oder vertrieben (Leukefeld 2013: 25). Der Kampf Assads gegen die Korruption und für eine Modernisierung des Landes hatte während seiner bis dahin zehnjährigen Amtszeit viele herbe Rückschläge erlitten. Insbesondere die geschilderte Öffnung der Märkte hatte zur Konsequenz, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Syrien noch weiter öffnete (Hissou 2014). Viele halten Assad heute vor, dass er die nationale Ökonomie nicht ausreichend vor ausländischen Investoren geschützt hätte. Das größte Problem für die syrische Bevölkerung war jedoch ein anderes. Die Menschen hatten zu Beginn nicht den Sturz des Regimes, sondern schlicht ein Leben in Freiheit und Würde gefordert. Damit hatten sie insbesondere den Wunsch nach Zulassung neuer Parteien und Gewerkschaften sowie die Aufhebung des 50 Jahre andauernden Ausnahmezustandes und größere soziale Gerechtigkeit verbunden (Lüders 2011). Vor allem aber hatten sich die Syrer gewünscht, dass die zahlreichen berüchtigten Geheimdienste endlich unter Kontrolle gebracht und ein humanes Maß annehmen würden (Rosiny 2011).

Keine Freiheit für Andersdenkende

Eine Besonderheit des Assad-Regimes war, dass jede Form von Widerstand gegen den Assad-Clan jahrzehntelang im Keim erstickt wurde. Die Assad-Regierung verfügte über einen der größten Geheimdienstapparate der Welt, der sich über Dekaden tief in die Gesellschaft eingefressen hatte und bis in die hintersten Ecken des Landes verästelt war. Die berüchtigten „Mukhabarat“ bewachten das syrische Volk auf Schritt und Tritt. Statistisch betrachtet kam, wie erwähnt, auf 153 Syrer über 15 Jahren ein Mitglied in einem der 15 Geheimdienste (Ziadeh 2012: 24; Rathmell 1996). Sämtliche Berufsverbände, Gewerkschaften und öffentlichen Verbände waren von Spitzeln eines dieser Geheimdienste durchsetzt. Zu diesen Spitzeln gehörten allerdings auch viele Privatpersonen. Die Spionage hatte im ganzen Land ein Klima der Angst verbreitet. Niemand konnte wissen, ob es sich bei seinem Gegenüber um einen Spitzel handelte oder nicht. Die Bürger lebten voller Argwohn, und regierungskritische Äußerungen außerhalb privater Räumlichkeiten waren nahezu unmöglich.

„Diese Form der gesellschaftlichen Repression“, so Hans Günter Lobmeyer schon 1995, „stellt einen schwerwiegenden Eingriff in tradierte soziale Beziehungen dar. Sei es das Stadtviertel, das berufliche Umfeld oder selbst die Familie: Überall breitet sich Misstrauen aus, und nicht selten ist das soziale Gefüge dieser traditionellen Bezugsgruppen nachhaltig geschädigt oder gar zerstört worden.“ (Lobmeyer 1995: 250) Die Menschen trauten sich nicht, auch nur ansatzweise regierungskritische Äußerungen zu formulieren, denn die ständige Angst, ausgekundschaftet und in Folge dessen auch verraten zu werden, war in der syrischen Bevölkerung allgegenwärtig (Schneiders 2013: 226). Dieses Klima der Angst hatte sich auch nach Bashar Al-Assads Amtsantritt nicht geändert. Zwar hatte er einen Großteil der alten Regierungsgarde seines Vaters entlassen, Debattierclubs und zumindest eine eingeschränkte Meinungsäußerung erlaubt, doch der innenpolitische Optimismus war sehr schnell verflogen (Schneiders 2013: 224). Die Angst vor einer Abwendung von der regierenden Baath-Partei hatte das Assad-Regime vor allem zur Zeit von Bashar Al-Assads Vater Hafez zu einer Vielzahl von Parteiverboten veranlasst.

Das Verbot der Muslimbruderschaft

Jahrzehntelang war die stärkste oppositionelle Kraft die syrische Organisation der Muslimbruderschaft. Sie gilt als die erste revolutionäre islamische Bewegung, ist eine der einflussreichsten sunnitisch-islamistischen Bewegungen im Nahen Osten und wird bis heute von Saudi-Arabien sowohl strukturell als auch finanziell unterstützt (Scharfenort 2013). Gegründet wurde sie 1928 von Hasan Al-Banna in Ägypten. Seitdem hat sich die Muslimbruderschaft in der arabischen Welt schnell ausgebreitet. Insbesondere in Syrien und Jordanien erlangte sie zeitweise großen Einfluss. Da die Partei in Syrien verboten war, konnte sie hier im Gegensatz zu vielen anderen Ländern allerdings nicht direkten politischen Einfluss erlangen (Steinbach/Rüdiger 1988).

Seit der Gründung der Baath-Partei lag die Muslimbruderschaft mit ihr im Konflikt. Da sich Hafez Al-Assad als arabischer Nationalist verstand, der gegen einen Staat auf Basis der islamischen Scharia war, kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Von 1979 bis 1982 gab es einen bewaffneten Aufstand der Muslimbrüder gegen die syrische Regierung. Die Ursache lag in den diametral entgegengesetzten Vorstellungen darüber, welches Modell der syrischen Gesellschaft zugrunde liegen sollte (Holliday 2012, 31-35). Die Muslimbrüder wollten einen Staat gemäß dem islamischen Recht der Scharia, während die Baath-Partei einen säkularen, panarabisch-sozialistischen Staat anstrebte (Büchs 2012). Nach den gescheiterten Versuchen Hafez Al-Assads, den Konflikt auf Gesprächsebene zu beenden, entschloss er sich zu einem erbarmungslosen Durchgreifen. Mit der syrischen Armee und der Luftwaffe ließ er 1982 das damalige Zentrum des Aufstandes der Muslimbruderschaft, Hama, in Schutt und Asche legen. Er zerstörte nahezu die ganze Stadt. Diejenigen, die überlebten, wurden entweder verhaftet oder flohen ins Exil.

Wassermangel, Landflucht und Bevölkerungsexplosion

Syrien ist ein Flächen- und Agrarstaat, der nur über wenige Bodenschätze verfügt. Die wichtigste Ressource für das Land ist Wasser. Die gebirgige Mittelmeerregion, der Süden des Landes, darunter der Ausgangsort der Revolution, Daraa, und die von Kurden bewohnte Grenzregion zur Türkei, Jazeera, gelten als die wasserreichsten Gebiete Syriens mit einer intensiven Agrarwirtschaft. Mit dem Ende des Osmanischen Reiches 1918 und der Aufteilung des historischen Syriens in verschiedene Teile hat das Land viele seiner Wasserquellen verloren (Leukefeld 2013: 27). Als Israel im Jahre 1967 die Golanhöhen, ein Gebirge mit enormen Wasserreserven, besetzte, verlor Syrien zusätzlich eine seiner wichtigsten Kornkammern. Im Zuge dieser Besetzung wurden 244 Dörfer zerstört und rund 15.000 Menschen verloren ihre Heimat (Leukefeld 2013: 27).

Der Euphrat, welcher in den kurdischen Gebieten der Türkei entspringt, ist heute die wichtigste Wasserquelle für Syrien. Aufgrund gravierender Differenzen in der Kurdenpolitik zwischen der syrischen und türkischen Regierung hat die Türkei das Wasser für die Syrer allerdings jahrelang knapp gehalten. Mit dem Bau des südostanatolischen Staudammprojekts im Jahre 2000 konnte die Regierung in Ankara den Syrern jederzeit das Wasser abstellen. Viele Bauern mussten ihre Felder und Höfe verlassen, ihr Zuchtvieh verkaufen und in der Hoffnung auf neue Arbeit in Richtung der Großstädte siedeln. Durch diese Bevölkerungsbewegungen wurden die Großstädte zu noch größeren Ballungsräumen, als sie es ohnehin schon gewesen waren. Es bildeten sich um die Städte herum neue Satellitenvororte sowie illegale Siedlungen, die sich wie Ringe um die Städte zogen. Offiziell lebten in der Stadt Damaskus im Jahre 2009 1,71 Millionen Menschen. Im Umland lebten noch einmal doppelt so viele (Leukefeld 2013: 28). Die inoffizielle Ziffer liegt bei einer geschätzten Einwohnerzahl für Damaskus und Umgebung von sieben Millionen Menschen (Leukefeld 2013: 29). Davon sind über die Hälfte unter 21 Jahre alt. Die Infrastruktur – Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze – war dementsprechend überfordert. Im Zuge dieser Überlastung schaffte Bashar Al-Assad 2005 die staatliche Planwirtschaft ab und stellte einen 5-Jahres-Plan vor. In diesen fünf Jahren war der Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft vorgesehen. Während dieser Vorstoß Assads im Ausland viel Anerkennung fand, stieß er innerhalb des Landes auf große Kritik.

Die ökonomische Öffnung des Landes

Bashar Al-Assad trieb eine wirtschaftliche Liberalisierung seines Landes voran, die sowohl durch das In- als auch durch das Ausland registriert und geschätzt wurde. So hielten Mobilfunk und Internet Einzug in das Land. Symbolträchtige Firmen aus den USA wie die „Coca-Cola Company“ oder die Fast Food Kette „Kentucky Fried Chicken“ verkauften in der Hauptstadt Damaskus ihre Produkte und hatten sogar eigene Filialen (Schneiders

2013: 235). Zusätzlich öffneten private Banken, und die Importzölle auf PKWs, die unter Hafez Al-Assad noch bei 255 % lagen, wurden auf 60 % gesenkt. Bis Ende des Jahres 2009 stieg die Zahl der registrierten Kraftfahrzeuge in Damaskus um 70 % an (Auswärtiges Amt 2010). Von 2003 bis 2010 stieg das Bruttoinlandsprodukt Syriens von 20 Milliarden auf rund 60 Milliarden US-Dollar (The World Bank Group 2015). In den Augen vieler Syrer veränderte sich in ihrer Heimat tatsächlich vieles zum Positiven, wobei viele den beschriebenen Wind des Wandels aber auch spüren wollten. Die neugeschaffenen Freihandelszonen lockten auch Investoren aus den Golfstaaten an.

Die Teile der Bevölkerung, die diesen Wandel tatsächlich spürten, waren diejenigen, die innerhalb der Großstädte lebten. Die Kluft zwischen Arm und Reich stieg immer weiter an. Nach einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms lebten im Jahre 2007 etwa 33 % der syrischen Bevölkerung in Armut. Ganze 12,7 % lebten sogar unter der Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag (Deutsche Botschaft Damaskus 2010). Die Arbeitslosenrate in Syrien lag offiziell bei 8 %. Schätzungen zufolge ist die tatsächliche Arbeitslosenrate aber mehr als doppelt so hoch und liegt bei ca. 20 % (Mohamed 2011). Wie erwähnt, hatte also die wirtschaftliche Öffnung des Landes insbesondere für die städtische Bevölkerung positive Aspekte, während die Landbevölkerung darunter nur noch stärker litt.

Der Konflikt zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung

Im Gegensatz zu den anderen Ländern, die den „Arabischen Frühling“ bis Anfang 2011 erlebten, begann der Aufstand in Syrien nicht in den Großstädten, sondern in peripheren, ländlichen Regionen. Die Aufstände richteten sich insbesondere gegen lokale Missstände und die Armut der ländlichen Bevölkerung. Die Bauern außerhalb der Metropole Damaskus lebten in Not. Nahrungsmittel und Wasser waren knapp. Von der Regierung erhielten sie keine Unterstützung, im Gegenteil. Der Staat pumpte ihnen das Wasser ab, um die Menschen in den Städten zu versorgen (Armbruster 2011: 94, 98-100). Daher mussten viele Bauern auch in Richtung großer Städte auswandern. Während westliche Beobachter der syrischen Revolution die Aufstände zunächst als Revolution des Mittelstands bezeichneten, wird bei näherer Betrachtung deutlich, dass es sich eher um eine Klassenrevolution handelte. Die marginalisierte Landbevölkerung wehrte sich gegen ein Zentrum, das immer wieder in den Genuss von Privilegien kam. Neben den Städten Daraa, der Hafenstadt Latakia oder Homs waren Damaszener Viertel wie Barseh, Kaboun, Assali, Kadam oder das alte Stadtviertel Midan, die weit vom Damaszener Zentrum entfernt liegen, Schauplätze für Aufstände in der Nähe der Hauptstadt.

Es waren also nicht in erster Linie Sunniten und Schiiten, Christen und Drusen, Juden und Alawiten, Araber und Kurden, die in einem Land zwar gemeinsam, aber dennoch vollkommen unterschiedlich lebten und sich gegenseitig mit Argwohn betrachteten. Der größte Konfliktgraben lag und liegt bis heute zwischen der städtischen, modernen, relativ

westlich orientierten und weltgewandten Bevölkerung auf der einen und einer ländlichen Bevölkerung auf der anderen Seite, deren Werte tief in den alten Traditionen und Verhaltensweisen, die aus unserer heutigen Perspektive nahezu mittelalterlich anmuten, verankert sind. Die städtische Bevölkerung war es, die mit der politischen Macht von den geschilderten Fortschritten des Landes profitiert hat – egal ob in Bezug auf Bildung, das Gesundheitswesen, die Arbeitssituation oder die Wasser- und Stromversorgung. Wer in einer der Großstädte, insbesondere in Damaskus, lebte, dem ging es besser. Die ländliche Bevölkerung bekam von all diesen Fortschritten wenig mit. Im Gegenteil – teilweise wurden die Fortschritte auf ihren Rücken ausgetragen. Dieser große Teil der Bevölkerung lebte vor allem in den weiten Wüstenregionen des Landes, an der Grenze zum Irak und zu Jordanien. In diesen gesellschaftlichen Kreisen galt weniger das Gesetz des Staates als die Regeln eines alten Stammesführers oder eines religiösen Scheichs. Viele dieser Menschen mussten nach Ägypten oder in die Golfstaaten ausweichen, um Arbeit zu finden. In diesen Ländern trafen sie dann häufig auf radikale sunnitische Prediger. Diese waren nicht selten Angehörige der im Jahr 1982 aus Syrien geflohenen Muslimbrüder.

2.3 Der Aufstand beginnt

Der Ausgangspunkt für die Revolution in Syrien liegt für viele Beobachter bereits am Beginn des „Arabischen Frühlings“, der zur Jahreswende 2010/2011 in Tunesien und Ägypten ausbrach. Dennoch glaubten die wenigsten von ihnen ernsthaft daran, dass eine derartige Revolte in Syrien ausbrechen könnte. Auch der syrische Präsident Bashar Al-Assad war sich, wie sein bereits zitiertes „Wall Street Journal“ Interview nahelegt, noch Mitte März 2011 sicher, dass sein Land von der sogenannten „Arabellion“ verschont bleiben würde, schließlich gebe es zwischen dem syrischen Volk und seiner Regierung eine große Interessenübereinstimmung (The Wall Street Journal 2011). Ideologisch war das Volk jahrzehntelang ja tatsächlich näher bei seinem Regime als Ägypter und Tunesier an ihren pro-westlichen Autokratien (The Wall Street Journal 2011).

Dennoch hatte der „Arabische Frühling“ in Tunesien und Ägypten auch für die Syrer Themen an die politische Oberfläche gespült, die in den arabischen Autokratien sehr lange tabuisiert waren. Die Forderungen der ersten Demonstranten fokussierten sich auf die Achtung der Menschenwürde, auf die Rechtsstaatlichkeit und auf eine Verbesserung sozialer und ökonomischer Perspektiven. Zwar waren diese Themen während des sogenannten „Damaszener Frühlings“ im Jahr 2000 kurz nach dem Amtsantritt des jungen Präsidenten Bashar Al-Assad in Debattierclubs schon einmal diskutiert worden. Doch hatte das Umfeld des Präsidenten schon bald eine Erschütterung des Baath-Systems befürchtet und Anfang 2001 die vorwiegend intellektuellen Bewegungen, die zuvor noch genehmigt worden waren, niedergeschlagen (Shammas 2013). Weitere Verhaftungswellen waren in den Jahren 2006 und 2009 gefolgt.

Als konkreter Ausgangspunkt des Bürgerkriegs gilt die Gewaltanwendung des syrischen Militärs gegen zunächst friedliche Demonstranten, die auf die Straße gingen, um die Freilassung der Kinder in der südsyrischen Stadt zu erreichen. Dies geschah im März des Jahres 2011. Mehrere Menschen wurden bei diesen Demonstrationen getötet und verletzt. In den folgenden Tagen kam es zu weiteren Protesten, die ebenfalls einige Todesopfer, sowohl auf Seiten der Polizei als auch auf Seiten der Demonstranten forderten. Das Problem der Aktivisten lag weniger darin, Menschen zu finden, die ihre Interessen teilten, sondern darin, diese Menschen auf die Straße zu bringen. Die syrischen Geheimdienste überwachten die Oppositionsanhänger strenger denn je. Jeder Versuch einer Versammlung wurde von Sicherheitskräften im Keim erstickt.

Folgerichtig war es dann auch der Suk Al Hamadiya, ein belebter Markt in Damaskus, wo es zum ersten großen Aufstand kam (Schneiders 2013: 227). Nach der Verhaftung des jungen Bashirs und seiner Freunde kam der „Arabische Frühling“ in Syrien am 18. März 2011 endgültig ins Rollen. Die Forderung tausender Demonstranten im ganzen Land, insbesondere in Daraa, war zu Beginn weniger revolutionärer Natur – es ging vornehmlich um die Freilassung der Jugendlichen. Es mischten sich allerdings immer mehr Unmutsbekundungen über Korruption und die eingeschränkte Freiheit aufgrund der Geheimdienste unter die Parolen und Rufe. Zu diesem Zeitpunkt wollten die Syrer nicht die Absetzung des Regimes oder das Verschwinden Assads. Es ging ihnen weit eher um ein Leben in Freiheit und Würde. Die syrischen Metropolen Damaskus und Aleppo blieben zu Beginn zum größten Teil verschont. Insbesondere Daraa war daher ein Vorbild für die Bevölkerung in anderen Teilen des Landes.

Auch wenn die Methodik der Versammlungen große Ähnlichkeit zu den Demonstrationen in Tunesien und Ägypten aufweist, gibt es dennoch einige gravierende Unterschiede. So hatte die Revolution in Syrien keinen zentralen Schauplatz wie beispielsweise den Tahrir-Platz in Kairo (Lüders 2011: 174). Ein solcher Platz hätte der Protestbewegung ein Erscheinungsbild von hohem Wiedererkennungswert gegeben, das über eine enorme Medientauglichkeit verfügt hätte. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu den anderen Ländern liegt in der Struktur des Militärs. Während die schnelle Absetzung der Regime von Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten dem Militär zu verdanken war, ist die Erfahrung der Syrer mit ihrem Militär nicht einmal im Ansatz vergleichbar. Seit dem geschilderten „Massaker von Hama“ kennen die Syrer die Grausamkeit, mit der das Militär seine Befehle ausführt. Im Gegensatz zum tunesischen oder ägyptischen Militär gilt das syrische Militär nicht als „nationale Armee“ oder „Armee des Volkes“. Schon Hafez Al-Assad hatte alles daran gesetzt, der syrischen Armee ihre nationale Identität zu rauben (Hissou 2014: 160). Die syrische Truppe dient ausschließlich dem Regime und der Assad-Familie. Bis heute steht die Armee fest hinter Bashar Al-Assads Regime. Es gibt zwar immer wieder Desertationen. Doch das Regime verfolgt diese mit äußerster Grausamkeit. Im Großen und Ganzen hat sich zunächst wenig an der Loyalität der Armee zum Regime

geändert. Mit Fortschreiten der Revolution und immer mehr gewaltsamen Aktionen sowie dem Vorwurf, Assad würde Fassbomben gegen sein eigenes Volk verwenden, schwand der Rückhalt immer mehr. Waren es vor dem Bürgerkrieg noch etwa 300.000 Soldaten im syrischen Militär, so ist die Truppenstärke drastisch zurückgegangen und lag im Oktober 2015 Schätzungen zufolge bei zwischen 80.000 und 100.000 Einheiten (The Guardian 2015).

2.4 Vom friedlichen Protest zum bewaffneten Aufstand

Die Proteste im Land wurden mit der Zeit und der harten Haltung des Regimes gegen die Demonstranten immer stärker. Immer wieder kam es – vor allem in den ländlichen Regionen – zu großen Protesten mit mehreren tausend Teilnehmern. Städte wie Daraa, Duma, Qamischli, Hasakhe, Idlib, Hama und Homs galten dabei als Zentren der politischen Unruhen. Das syrische Staatsfernsehen berichtete nur von mehreren kleinen Demonstrationen, um die Unzufriedenheit der großen Menschenmengen nicht publik zu machen (Asseburg/Wimmen 2012). Wie erwähnt lag der Schwerpunkt der Proteste auf den Freitagsgebeten, da die syrische Regierung große Menschenansammlungen zu diesem Anlass unmöglich verhindern konnte. Menschen, die während der Proteste verhaftet wurden, berichteten im Nachhinein von Demütigungen und Beleidigungen seitens der Sicherheitskräfte (Yahya 2012). Der April des Jahres 2011 war auch der Monat, in dem sich die Demonstrationen immer mehr gegen das Regime wendeten. Es war der bis dahin blutigste Monat der Revolution.

Am 8. April starteten nach den Freitagsgebeten Protestzüge ausgehend von drei Moscheen zu einem Gerichtsgebäude der Stadt. Mehrere zehntausend Menschen beteiligten sich an den Demonstrationen. Demonstranten des Protestzuges sollen das Feuer auf die Polizei eröffnet haben, woraufhin die Sicherheitskräfte sie angriffen (Sinjab 2011). Dabei seien 19 Sicherheitskräfte erschossen worden. Allein in Daraa habe es mindestens 23 Tote gegeben. Für mehrere Wochen wurde die Heimatstadt des jungen Bashirs der Brennpunkt der Proteste gegen die Baath-Partei und das Assad-Regime. Schätzungen zufolge sind alleine in Daraa zu diesem Zeitpunkt im Zusammenhang mit Protesten mehr als hundert Menschen ums Leben gekommen (BBC News 2011a).

Wenige Tage später soll es in den Universitäten von Damaskus und Aleppo weitere Demonstrationen gegeben haben (Siddique 2011). Diese waren die ersten in den beiden größten Städten des Landes. Der Tenor der Demonstrationen lautete immer weniger eine Reform der Politik, sondern eine Absetzung des Assad-Regimes. Auch hier gingen die Sicherheitskräfte gewaltsam gegen die Demonstranten vor (BBC News 2011b). Nach mehrfachen Ankündigungen hob Assad am 21. April 2011 den seit 1963 geltenden Ausnahmezustand auf. Dieser war am 8. März 1963 von der Regierung Hafez Al-Assads verhängt

worden, als sich die arabisch-nationalistische Baath-Partei an die Macht geputscht hatte. Durch den Ausnahmezustand waren maßgebliche Bürgerrechte stark eingeschränkt und willkürliche Verhaftungen und politisch motivierte Prozesse gegen Regierungskritiker und andere Feinde des Regimes möglich geworden. Auch die berüchtigten syrischen Staatssicherheitsgerichte sollten aufgelöst werden. Für den Großteil der Oppositionellen war die Aufhebung des Ausnahmezustands allerdings nur eine Farce, um die Proteste schnell verstummen zu lassen. Sie gingen davon aus, dass sich Angehörige der Staatsmacht sowieso nicht an die Gesetze hielten und über kurz oder lang exakt genauso verfahren würden wie zuvor (Beckenbach/Klotter 2014).

Ab dem 24. April griffen mehrere tausend Sicherheitskräfte mit Unterstützung von Panzern Daraa an und führten Razzien durch. Die Stadt wurde von der Außenwelt abgeschnitten. Die Begründung der syrischen Armee lautete, dass Bürger der Stadt die Armee zum Eingreifen aufgerufen hätten, um Angriffen durch extremistische terroristische Gruppen ein Ende zu bereiten. Mehrere Menschen starben auch in anderen Städten des Landes (Spiegel Online 2011). Der damaszener Vorort Duma wurde beispielsweise durch Armeepanzer und 2.000 Sicherheitskräfte abgeriegelt. Als Regierungstruppen sich vor der Stadt Nawa sammelten, formierte sich ein bewaffneter Widerstand (Bawey 2013). Unter das Volk, aber auch unter die treuen Mitglieder der Baath-Partei mischten sich angesichts der brutalen Gangweise der Assad-Regierung immer mehr Unmutsbekundungen. Die Frage danach, wie ein Präsident sein eigenes Volk angreifen könne, wurde nun lauter denn je. So traten als Zeichen des Protests gegen die Militäraktionen 200 aus der Gegend von Daraa und 28 aus Baniyas stammende Mitglieder aus der regierenden Baath-Partei aus. In den nächsten Tagen folgten weitere Austritte (Al Jazeera 2011).

Inzwischen hatten die Proteste in Syrien auch in der internationalen Gemeinschaft Gehör gefunden. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verurteilte in Genf die brutale Gewalt gegen Demonstranten und setzte eine Untersuchung zu den Todesfällen und anderer Verbrechen an. US-Präsident Barack Obama verhängte im gleichen Atemzug Sanktionen gegen syrische Regierungsmitglieder (Asseburg/Wimmen 2012). Erstmals riefen auch Vertreter der von Assad unerbittlich verfolgten Muslimbruderschaft aus dem Exil zur Beteiligung an den Demonstrationen auf. Bis Ende April wurden etwa 500 Demonstranten getötet (Der Standard 2011). Aus den anfänglichen Rufen nach Reformen hatte sich ein Bürgerkrieg entwickelt, der das einst stabile und sichere Syrien zu einem international nahezu unvergleichlichen Krisenherd hat werden lassen.

2.5 Die wesentlichen oppositionellen Akteure

Die Freie Syrische Armee

Deserteure der syrischen Armee und einige Zivilisten bildeten ab Juli 2011 die „Freie Syrische Armee“ (FSA). Diese setzte Regierungstruppen militärisch unter Druck und vertrieb sie aus immer mehr Gebieten des Landes (Bank/Mohn 2013: 97). Mitte des Jahres 2012 hatte die nationale Syrische Armee schätzungsweise 60.000 Soldaten und damit rund 20 % ihrer Stärke von 2011 verloren. Gleichzeitig war sie gezwungen, mit den übrig gebliebenen Kräften in weiten Teilen des Landes ständig Präsenz zu zeigen, um eine weitere Ausbreitung des Aufstands zu verhindern (Bank/Mohn 2013: 97). Nach bedeutenden Rückschlägen für die Regierungstruppen, wie unter anderem dem Verlust großer Teile der Wirtschafts- und Handelsmetropole Aleppo, prophezeiten viele das baldige Ende des Assad-Regimes um das Jahresende 2012.

Die FSA ist eine bewaffnete Oppositionsgruppe, die besonders von einem Teil der sunnitischen Mehrheit der syrischen Bevölkerung getragen wird. Ihr oberstes, angegebenes Ziel ist der Schutz der Zivilisten in Syrien und der Sturz des Baath-Regimes und damit einhergehend auch der Sturz Assads. Das Motto der FSA lautet: „Freie Armee, freies Syrien“. Im Dezember 2013 umfasste die Truppenstärke der FSA zwischen 40.000 und 50.000 bewaffnete Kämpfer. Die Gründung der Gruppierung wurde am 29. Juli 2011, kurz nach der Eskalation der Kämpfe, in einem Internetvideo angekündigt. Darin wurden Mitglieder der syrischen Armee dazu aufgerufen, die Armee zu verlassen und zur FSA zu wechseln. Der Anführer der FSA, Riad Al-Assad, betonte, dass das oberste und einzige politische Ziel der FSA der Sturz der Regierung Bashar Al-Assads sei. Außerdem behauptet die FSA, dass der Konflikt in Syrien kein religiöser sei und dass sie in ihren Reihen auch Alawiten hätten, die gegen die Regierung vorgingen. Die FSA betonte des Weiteren, dass man nach dem Sturz der Regierung keine Racheakte an Menschen bestimmter konfessioneller Zugehörigkeiten üben werde. Der Großteil der Soldaten der FSA besteht aus desertiertem Personal der nationalen syrischen Armee. Zusätzlich beteiligt sich eine Vielzahl von Zivilisten, die gegen das Assad-Regime kämpfen, um ihre Heimatstädte zu verteidigen. Als dritte Gruppe gelten schließlich ausländische Kämpfer, insbesondere aus dem syrischen Nachbarland Libanon, aber auch aus anderen arabischen Ländern. Seit dem 23. September 2011 gilt die Freie Syrische Armee als die größte säkulare Oppositionsbewegung.

Da das syrische Regime der FSA sowohl materiell als auch personell überlegen ist, befolgt die FSA eine Guerilla-Strategie. Ihre Kämpfer verschanzen sich in vermeintlich sicheren Rückzugsorten und attackieren von dort aus militärische Einrichtungen und Armeekonvois des Regimes. Ziel dieser Strategie ist die Schwächung der syrischen Armee sowie die Erbeutung von Waffen und Munition. Außerdem versuchen sie mit dieser Herangehensweise, weitere Desertationen aus der syrischen Armee zu ermöglichen. Zusätzlich verfügt die FSA über Informanten innerhalb der syrischen Armee (Bank/Mohn 2013: 102).

Aktuell kontrolliert die FSA die Handelsmetropole Aleppo sowie weite Teile des Umlands. Außerdem ist sie im Süden des Landes, insbesondere rund um den Ausbruchsort der Revolution, Daraa, sehr einflussreich (Die Welt 2015).

Sunnitisch-geprägte Hilfsorganisationen

In den Gebieten, aus denen die FSA die Regierungstruppen des Assad-Regimes erfolgreich vertrieben hatte, entstand ein Machtvakuum. Der FSA gelang es nicht, die öffentliche Ordnung in diesen Gebieten aufrecht zu erhalten und die ansässige Bevölkerung ausreichend zu versorgen. Sunnitisch-geprägte Hilfsorganisationen füllten zunehmend dieses Vakuum. Diese Organisationen finanzierten sich unter anderem durch Spenden aus den Golfstaaten und hatten damit deutlich stärkere Mittel als die FSA. Je intensiver der Konflikt wurde, desto mehr bewaffneten sich die Vertreter dieser Organisationen. Sie begannen, sich am Kampfgeschehen zu beteiligen, und führten – gestützt durch die Zuführung religiös-motivierter Freiwilliger und kampferprobter Veteranen aus den verschiedensten Krisenherden der Welt sowie Waffenlieferungen aus dem Ausland – bald den Großteil der Kämpfe (BBC News 2011c).

Im Frühjahr 2013 waren es islamistische Kämpfer, die einen Angriff auf die Provinzstadt Rakka durchführten. Immer mehr Kämpfer verschiedener Rebelleneinheiten beteiligten sich an den gewaltfreien wie gewaltsamen Aktionen der immer stärker religiös und radikalislamistisch gefärbten Truppen, da diese zum einen durch ihre militärische Stärke überzeugten und zum anderen soziale Strukturen aufbauten und der Bevölkerung eine gewisse Grundernährung sowie teilweise auch Gehälter zusicherten. Diese Gruppen erschienen vielen armen, vom Krieg gebeutelten Syrern schlichtweg attraktiver als andere Revolutionsgruppen (BBC News 2011c).

Al-Nusra-Front

Die Dschabhat Al-Nusra li-ahl al-Sham oder auch „Unterstützungsfront für das syrische Volk“ ist eine dschihadistisch-salafistische Organisation in Syrien. Sie ist ein Ableger der Al-Qaida und kämpft im syrischen Bürgerkrieg sowohl gegen die Regierung Bashar Al-Assads als auch gegen Teile der FSA und kurdische Volksverteidigungseinheiten. Der UN-Sicherheitsrat stuft die Al-Nusra-Front als Terrororganisation ein (Rosiny 2014). Ihr Ziel ist es, nach der Beseitigung des Baath-Regimes einen salafistisch orientierten, sunnitisch-islamischen Staat in Syrien sowie letztlich in der Levante zu errichten. Dafür will sie alle dschihadistischen Kräfte in Syrien vereinen, um die säkulare Opposition zu vernichten. In diesem neuen Staat soll für Alawiten, Schiiten und die christliche Minderheit Syriens kein Platz mehr sein.

Die Al-Nusra-Front kooperiert sowohl mit Teilen der FSA als auch mit der zuvor genannten, syrischen Islamischen Front. Schätzungen der australischen Regierung aus dem Juni 2013 zufolge hat die Al-Nusra-Front zwischen 6.000 und 10.000 Mitglieder. Diese sind zum größten Teil Syrer. Aber auch Kämpfer aus übrigen Teilen der Levante haben sich den Kämpfern angeschlossen. Dazu kommen einige Kämpfer aus Nordafrika und Europa. Zu den Geldgebern der Organisation gehören vor allen Dingen Spender aus der Golfregion. Alleine aus Qatar soll über eine Milliarde Euro investiert worden sein (Rosiny 2014).

ISIS/IS

ISIS steht für „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“. Hierbei handelt es sich um eine seit 2003 aktive kriminelle und terroristische Vereinigung. Derzeit kontrolliert ISIS große Gebiete im Irak und in Syrien sowie einige kleine Gebiete in Libyen. Die Organisation ist in verschiedenen Ländern – unter anderem in Form von Terroranschlägen, der Akquise von Mitgliedern sowie der Beteiligung an Bürgerkriegen – und insbesondere in Syrien tätig.

Nachdem ISIS große Teile des Iraks und Syriens erobert hatte, rief der Anführer, Abu Bakr Al-Baghdadi, in dem eroberten Gebiet ein islamisches Kalifat aus und benannte die Organisation in IS – „Islamischer Staat“ – um. Dieses Kalifat soll einen islamischen Staat auf Basis der Scharia darstellen, welchen er als selbsternannter Kalif nach seinen Vorstellungen regiert (Rosiny 2014). Damit ist der Anspruch auf die Nachfolge des Propheten Mohammed als politisches und religiöses Oberhaupt aller sunnitischen Muslime auf der Welt verbunden. Ihren Ursprung hat die Organisation im irakischen Widerstand. Zu Beginn bekannte sie sich noch zur bis dato bekanntesten und einflussreichen islamistischen Terrorgruppe Al-Qaida – seit Mitte 2013 distanzierte sich ISIS aber immer weiter von deren Führungsriege und steht seitdem in einer deutlichen Konkurrenzbeziehung zu ihr. Im syrischen Bürgerkrieg kämpft der IS gegen die Regierung Bashar Al-Assads sowie gegen kurdische Minderheiten im Norden Syriens und säkulare Anhänger der FSA.

Viele muslimische Gelehrte lehnen das Kalifat des IS ab und haben sich in einem offenen Brief an Abu Bakr Al-Baghdadi von den Vorgehensweisen seiner Organisation distanziert. Unter diesen Stimmen ist auch der Großmufti Saudi-Arabiens, Abd al-Aziz bin Abdullah Al asch-Schaich. Dieser bezeichnete den IS und die Al-Qaida als die „Feinde Nummer Eins des Islam“ (Zeit 2014). Der Einfluss des IS ist allerdings unbestritten. Im August 2014 sollen einem Bericht des Leiters der „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ zufolge ungefähr 50.000 Männer alleine in Syrien kämpfen. Davon kommen rund 20.000 aus dem Ausland. Nach Schätzungen der EU-Kommission stammen rund 2.000 der Kämpfer aus Europa.

Die Gruppe wird vermutlich, wie die Al-Nusra Front, von Geldgebern aus den Golfstaaten finanziert (Rosiny 2014). Darunter sind Spenden aus Qatar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Kuwait. Durch die Eroberung einiger Ölfelder und einiger antiker islamischer Fundstücke, die sie durch Raubgrabungen an sich gerissen haben, generiert der IS mittlerweile selbstständig Geld. Außerdem erhebt der IS in seinem Gebiet Steuern und Zölle. Eine weitere Einnahmequelle ist die Erpressung von Lösegeld durch Geiselnahmen (Rosiny 2014).

3. Ursachen für die „Ignorierte Revolution“

3.1 Erste Annahme

Der „Arabische Frühling“ kam für viele Politiker, aber auch für die Politikwissenschaften überraschend. Ähnlich wie bei den Umbrüchen in Ostmitteleuropa in den 1990er-Jahren hatten die Politikwissenschaften die Entwicklungen des „Arabischen Frühlings“, insbesondere aber die Sprengkraft und Tragweite der ersten Proteste in Tunesien und Ägypten, unterschätzt (Kreitmeyr/Matzke/Schlumberger 2013: 54). Der syrische Fall ist ein klares Beispiel dafür, dass die Proteste, Revolten und Revolutionen noch lange nicht abgeschlossen sind. Es ist deutlich erkennbar, dass diese Proteste einen kettenreaktionsähnlichen Prozess angestoßen haben. Mit ebendieser Reaktion befasst sich die erste Annahme: „Destabilisierungen in einer Region führen zu Destabilisierungsprozessen in den benachbarten Regionen.“

Eine Gemeinsamkeit, die alle vom „Arabischen Frühling“ betroffenen Staaten teilen, ist der Islam. Eine Vielzahl populärwissenschaftlicher Argumente stellt in der Religion des Islam – wahlweise in der orientalischen Kultur an sich – eine auffällige, für das Bestehen einer autokratischen Struktur verantwortliche Demokratie-Resistenz in der arabischen Welt fest (Huntington 1996). Diese Ansätze gelten in der Wissenschaft als empirisch widerlegt und hochgradig fragwürdig (Bromley 1994: 22; Schlumberger 2008: 91). Die Ursache für das erfolgreiche Bestehen solcher Regime liegt vielmehr in den folgenden, kurz zusammengefassten Kernfaktoren:

Ökonomische Faktoren: Rentierstaatlichkeit und die Loyalität der Unternehmer

Ein Faktor, der den Großteil der arabischen Staaten jahrzehntelang entscheidend gekennzeichnet und die Autokratie der Herrscher unterstützt hat, ist sicherlich der Reichtum an Ressourcen in dieser Weltregion. Durch die Rentierstaatlichkeit in den Systemen arabischer Staaten profitieren Anhänger des Systems sowohl finanziell als auch beruflich, sobald sie für das Regime von Bedeutung waren. Schätzungen zufolge lagern zwei Drittel aller nachgewiesenen Erdölreserven im Vorderen Orient. Die Gewinne aus dem Verkauf dieser und anderer Ressourcen können durch die Staaten direkt reinvestiert werden. Diese Reinvestition geschieht nach politischen Kriterien. Die Gewinne werden im Inneren des Landes verteilt (Beblawi/Luciani 1987; Schmid 1991). Nicht alle Staaten in der MENA-Region (Middle East & North Africa) verfügen jedoch über einen derartigen Ressourcenreichtum. Syrien kann nicht von solchen Mineralölreserven profitieren. Auch Ägypten musste beispielsweise beim Suez-Kanal auf Hilfe aus dem Ausland setzen. Innerhalb der arabischen Welt gleichen sich die erdölarmen und erdölreichen Länder jedoch aus. Dadurch waren die orientalischen Staaten in der Lage, ihrer Bevölkerung eine Vielzahl an

Zugeständnissen zu machen. Staatliche Dienstleistungen wurden sowohl in Syrien als auch in den Golfstaaten oder in Ägypten subventioniert und teilweise wie die Bildungseinrichtungen Syriens kostenlos zur Verfügung gestellt. Auch Energie- und Grundnahrungsmittelpreise waren, verglichen mit anderen Staaten, immens verbilligt.

Wichtiger noch war, dass die politischen Machthaber für die Sicherstellung ihres Machterhalts strategisch wichtige Gruppen gezielt privilegierten. Dies geschah auf vielen verschiedenen Ebenen der Staatsorganisation und ist ein Phänomen, das in allen vom „Arabischen Frühling“ betroffenen Ländern praktiziert wurde. Die Machthaber in der arabischen Welt erkaufte sich quasi die Legitimität, die sie nicht durch freie Wahlen nach westlichem Verständnis erhalten konnten. Die einflussreichen Unternehmer etwa wurden vom Staat gezielt privilegiert und konnten auch indirekt Einfluss auf die Politikgestaltung ihrer Länder nehmen. Als Gegenleistung sicherten sie ihren Regimen politische Loyalität zu (Henry/Springborg 2001: 152).

Gesellschaftliche Faktoren

Eine weitere Ursache für ausbleibende Demokratisierungsprozesse in den arabischen Gesellschaften liegt in ihren Organisations- und Interaktionsprinzipien. Die unangefochtene Autorität in arabischen Gesellschaften stellen bis heute die Familienoberhäupter dar (Bill/Springborg 1994). Zwar wurde dieses Muster mit den stärkeren Auswirkungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Globalisierung im Vorderen Orient durchbrochen. Das änderte aber nichts an den vorhandenen patriarchalen Strukturen in der breiten Masse der Bevölkerung. Insbesondere an Familien mit einem niedrigen Bildungsgrad gingen die Wirkungen dieser Globalisierung bis heute nahezu spurlos vorbei. Auch deshalb wird die arabische Gesellschaftsordnung als patriarchal oder neopatriarchal bezeichnet (Sharabi 1988). Soziale Bindungen verlaufen entlang hierarchisch geprägter, personalistischer Linien von Patronage und entlang klientelistischer Netzwerke. In der Konsequenz sind die Gesellschaften vertikal nach individuellen Klientelstrukturen organisiert anstatt horizontal anhand von Klassen oder Schichten.

Da nahezu alle arabischen Staaten, insbesondere Syrien mit seinen Mukhabarat, über ausgeprägte Kontrollkapazitäten über ihre Gesellschaften verfügen, stehen diese Strukturen der Entwicklung autonomer, zivilgesellschaftlicher Kräfte, wie sie häufig als Träger von Demokratie gelten, diametral entgegen. Auf gesellschaftlicher Ebene wurden die von den politischen Systemen vorgelebten Autoritätsmuster übernommen. Auf das Überdauern nichtdemokratischer politischer Ordnungen wirkte sich dies förderlich aus. „Eine Regierung ist tendenziell stabil, wenn ihr Autoritätsmuster mit den anderen Autoritätsmustern der Gesellschaft kongruiert, von der sie ein Teil ist“ (Eckstein 1991: 188, eigene Übersetzung). Es gibt zwar auch in der arabischen Welt Nichtregierungsorganisationen, welche

die Persistenz der autoritären Herrschaft immer wieder ins Blickfeld rücken. Die Kontrolle und Restriktionspolitik der Machthaber macht ihre Arbeit aber über weite Strecken ineffizient (Langohr 2004; Abdelrahman 2002). Die eben geschilderten Aspekte zeigen deutliche Parallelen zwischen Syrien und anderen vom „Arabischen Frühling“ betroffenen Staaten auf.

Revolten und Massenproteste

Die beschriebenen Aspekte, die für Kontrolle und Stabilität stehen, lassen den Ausbruch der Demonstrationen überraschend erscheinen. Eine häufige Fehleinschätzung der Beobachter war, dass sie die Langlebigkeit der Regime mit ihrer Stabilität verwechselt haben. Auch in der Wissenschaft war die Vorstellung verbreitet, die arabischen Regime seien durch eine Stabilität autoritärer Herrschaft gekennzeichnet (Bellin 2004; Yom/Momari 2008). Innerhalb der einschlägigen Debatten um Autoritarismus in der arabischen Welt hatten aber auch insbesondere Sozialwissenschaftler vor einer Verwechslung von Stabilität und Dauerhaftigkeit gewarnt (vgl. Schlumberger 2007; Sluglett 2007). Die Rede war von einer „Kumulation von Warnsignalen“ auf unterschiedlichen Ebenen (Schlumberger 2012: 80). Die Frage, die sich stellte, war nicht, ob es irgendwann zu einer Eskalation der sozial und ökonomisch zunehmend prekären Situationen kommen würde, sondern vielmehr wann der Zeitpunkt erreicht sein würde, dass sich diese Signale auch politisch manifestieren würden. Während die hier aufgestellte Hypothese von einer Kettenreaktion ausgeht, formulierten manche Beobachter die Lage weit drastischer als „Zeitbombe“ (Spiegel Online 2012).

Neue Medien wie Facebook und Twitter hatten im Zuge der Massenproteste Anfang 2011 zwar eine unbestreitbar gewichtige Rolle. Über die gesamte Region hinweg dürften aber der qatarische TV-Sender Aljazeera und viele weitere Fernsehsender eine weit stärkere Rolle bei der Verbreitung der Informationen und Bilder gespielt haben als die Sozialen Netzwerke (Scharfenort 2013). Dennoch sind diese Medien an sich keine politischen Akteure, sondern ausschließlich Instrumente.

Auch wenn die Probleme in den arabischen Regionen nicht erst in der jüngeren Vergangenheit entstanden sind und die Unzufriedenheit der Bevölkerung aus politischen Versäumnissen der letzten fünf Jahrzehnte herrührt, was ebenso für Syrien wie für die Ursprungsländer des „Arabischen Frühlings“ gilt (Jünemann/Zorob, 2013: 246), so ist erst durch die gezielte und massive Berichterstattung im gesamten arabischen Raum auch in den zunächst nicht betroffenen Ländern ein neues Bewusstsein entstanden. Gerade durch die Sozialen Medien konnten die Menschen – ob legal oder nicht – nun Berichte und Meinungen von ihresgleichen sehen. Eine gewisse Ansteckungswirkung der Proteste über die Grenzen hinweg ist daher kaum zu widerlegen. Die erfolgreichen Umbrüche in Tunesien,

die Vertreibung Mubaraks in Ägypten und der Sturz Gaddafis in Libyen zeigten den Syrern, dass es möglich ist, solche autoritären Regime loszuwerden. Die Annahme liegt nahe, dass Destabilisierungsprozesse in einer Region ähnliche Prozesse – zumindest in sozio-ökonomisch und kulturell verwandten Regionen – unterstützen.

Festzuhalten ist dennoch, dass Syrien nicht eins zu eins mit dem ägyptischen Beispiel gleichzusetzen ist. Ob der Ausbruch der Demonstrationen in Syrien eine unvermeidliche Konsequenz aus den Unruhen in anderen arabischen Staaten war, ist zumindest zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist, dass es in Syrien nicht so hätte kommen müssen, wäre Assad nicht so fatal mit den ersten Protestlern umgegangen. Im Unterschied zu Ägypten hatte Assad ja bis zu diesem Zeitpunkt in weiten Teilen der Bevölkerung großes Ansehen genossen.

Die Analyse hat ergeben, dass es zwar vielfältige Anhaltspunkte gibt, die darauf schließen lassen, dass die Destabilisierungsprozesse in Nordafrika die Demonstrationen in Syrien befördert haben. Insbesondere den arabischen, aber auch den Sozialen Medien kam hierbei eine große Rolle zu. Dennoch unterschied sich – trotz vieler Gemeinsamkeiten zwischen Syrien, Ägypten und Tunesien – die Vorgehensweise bei den Demonstrationen drastisch. Während Assad früh auf die Demonstrationen reagierte und versuchte, durch politische Veränderungen eine Eskalation zu verhindern, erwies sich Mubarak als ignoranter. Der Vollständigkeit halber sollen die Unterschiede noch einmal hervorgehoben werden:

Das Einlenken Assads fand insbesondere in der Hauptstadt Gehör. Die Regierung musste in der Hauptstadt nie wirklich Ausschreitungen befürchten, da die Unterstützung für Assad hier groß war. Schließlich hatte Damaskus in der Vergangenheit stark von der Wirtschaftspolitik Assads profitiert. Die Beteiligung an den Demonstrationen war daher sehr überschaubar. Viele Menschen waren sogar erleichtert über die strikte Vorgehensweise Assads gegen die Aufständischen. Den Assads war es schließlich immer gelungen, die syrische Gesellschaft vor konfessionellen Konflikten zwischen Drusen, Alawiten, Sunniten und Christen zu bewahren (Gerlach 2011: 122). Selbst wenn es vereinzelt zu Demonstrationen kam, wurden diese in der Hauptstadt sofort niedergeschlagen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu den anderen Ländern liegt in der Struktur des Militärs. Während die schnelle Absetzung des Regimes von Ben Ali in Tunesien und von Mubarak in Ägypten dem Militär zu verdanken war, ist die Erfahrung der Syrer mit ihrem Militär, das einer Privatarmee Assads nicht unähnlich ist, nicht einmal im Ansatz vergleichbar.

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ und damit auch der Aufstände in Syrien nur eine Frage der Zeit war. Die Kettenreaktion, die sich mittlerweile über Syrien hinaus ausgebreitet hat, ist nicht nur eine Konsequenz der Berichterstattung, sondern eine Folge der jahrzehntelangen Versäumnisse der Regime. Dennoch ist anzunehmen, dass Tunesien der erste Dominostein gewesen ist, der die anderen angestoßen hat. Zumindest ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass es in Syrien ohne das tunesische und ägyptische Vorbild nicht zu diesem Zeitpunkt zum Ausbruch der Revolution gekommen wäre.

3.2 Zweite Annahme

Die zweite Hypothese geht der Frage nach, wie wichtig es für die Haltbarkeit eines Regimes ist, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten und eine Kluft im Wohlstand und im Bildungsniveau bestimmter Gruppen zu verhindern. In der Fallstudie wurde bereits festgestellt, dass der Umgang der syrischen Regierung mit der urbanen und der ländlichen Bevölkerung grundverschieden war. Außerdem wurde festgehalten, dass diese Benachteiligung der marginalisierten Landbevölkerung ein wesentlicher Grund für die Unzufriedenheit im Land war. Im Folgenden soll nun untersucht werden, inwieweit sich eine solche Ungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auch in anderen vom „Arabischen Frühling“ betroffenen Ländern manifestiert hat und ob zwischen den Ländern Parallelen zu finden sind, die darauf schließen lassen, dass in dieser Ungleichbehandlung eine Kernursache für das Scheitern eines Regimes liegt.

Eine wichtige Richtzahl zur Bemessung der Wirtschaft und des Wohlstands eines Staates ist die Arbeitslosigkeit. In den arabischen Ländern ist diese zwar seit Beginn des 21. Jahrhunderts zurückgegangen. In den Sub-Regionen Nordafrikas und des Mittleren Ostens herrscht allerdings mit jeweils über 10 % immer noch die weltweit höchste Arbeitslosenrate. Zudem sind in allen Ländern insbesondere zwei Gruppen von der Arbeitslosigkeit betroffen: junge Menschen nach ihrem Abschluss und Frauen. Laut einem ILO-Bericht betrug die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern des Mittleren Ostens 26 %. Betrachtet man repräsentativ für alle Staaten den Anteil der jungen Menschen in Syrien zwischen 15 und 24 Jahren, so lag dieser 2005 bei 21 %. Mehr als jeder fünfte Syrer ist also nicht älter als 24 Jahre.

Eine derartig hohe Anzahl an jungen Leuten, die zum Großteil auch eine gute Ausbildung genossen haben, ist für viele Staaten eine Traumvorstellung und birgt an sich große Chancen für die Bevölkerung und enormes Potenzial für Wachstum und Entwicklung eines Staates. Die Arbeitsmärkte der Region – das gilt explizit auch für Syrien – können einen solchen Jugendüberhang allerdings nicht absorbieren. Die Voraussetzung für einen Erfolg dieser jungen Leute und damit auch eines Landes ist aber ein angemessenes Gehalt für die Erwerbstätigkeit. Zwar verlassen jährlich immer mehr Leute die arabischen Universitäten, Aussichten auf einen Beruf gibt es für viele aber trotzdem nicht (Tab. 1, S. 34).

Zwischen 2007 und 2009 lag die Jugendarbeitslosigkeit in Syrien beispielsweise unter Männern bei 16 % und unter Frauen sogar bei 36 %. Diese Zahlen sind, verglichen mit denen aus Tunesien oder Algerien, sogar noch vielversprechend, wie man in der voranstehenden Tabelle sehen kann. Zusätzlich dazu reduziert sich die Arbeitslosigkeit nicht mit steigender Bildung. Im Gegenteil, sie steigt sogar an. Besonders betroffen sind aus diesem Grund junge Akademiker. Die Ursache dafür wird darin gesehen, dass zum einen die Ausbildung der Studenten in der Universität nicht dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt entspreche. Zum anderen entstanden diejenigen Jobs, welche die Arbeitslosigkeit gesenkt haben, insbesondere im Niedriglohnssektor.

Tab. 1: Anteil junger Menschen (15-24 Jahre) an der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit in ausgewählten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas

Land	Junge Menschen der Bevölkerung (in %)			Arbeitslosigkeit (in %)	Jugendarbeitslosigkeit (in %) 2007-2009	
	1985	2005	2025	2007-2009*	Männer	Frauen
Ägypten	19	21	18	9,4	21	40
Algerien	20	23	15	11,3	43	46
Jemen	20	21	20	15	21	14
Jordanien	21	20	18	12,9	28	50
Libanon	20	18	15	9	24	14
Libyen	18	23	17	-	-	-
Marokko	20	18	17	10	17	16
Palästinensische Gebiete	20	19	21	24,5	39	45
Syrien	20	23	18	8,4	16	36
Tunesien	21	21	13	14,2	31	29

* Die Angaben beziehen sich auf das jüngste Jahr, für das Daten im angegebenen Zeitraum vorliegen (Radwan 2009, eigene Darstellung).

Daher wird im Folgenden betrachtet, ob die Ursache für die Unzufriedenheit mit dem Regime eher in der Einkommensverteilung im Land gelegen haben könnte. In Syrien, aber auch in Ägypten und Algerien war die wachsende Armut im Land ein großes Problem für große Teile der Bevölkerung. Betroffen waren neben den genannten arbeitslosen Jugendlichen auch Familien aus der Mittelschicht, insbesondere aber Menschen aus ländlichen Gebieten ohne eine florierende Wirtschaft, eine ausgebreitete Infrastruktur oder eine ausreichende Zahl an Bildungseinrichtungen. Im Zuge zahlreicher Sparmaßnahmen in den Jahren vor den Unruhen wurden auch in Syrien immer mehr öffentliche Gehälter eingefroren. Auch die untere Mittelschicht sah sich daher einer zunehmenden Erosion ausgesetzt. Tabelle 2 verdeutlicht, liegt die Armutsquote in Syrien bei Zugrundelegung der oberen Armutslinie zwischen 30 und 40 %.

Ein Anstieg der internationalen Getreidepreise wie zwischen 2007 und 2008 führt insbesondere in Ländern, die stark vom Import abhängen – wie zum Beispiel Ägypten –, unweigerlich zu einer weiteren Verschlechterung des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung. Ähnlich wie die Armutsinzidenz wuchs aber vor allem in dem hier betrachteten Fallbeispiel

Tab. 2: Armut und Pro-Kopf-Einkommen in ausgewählten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas

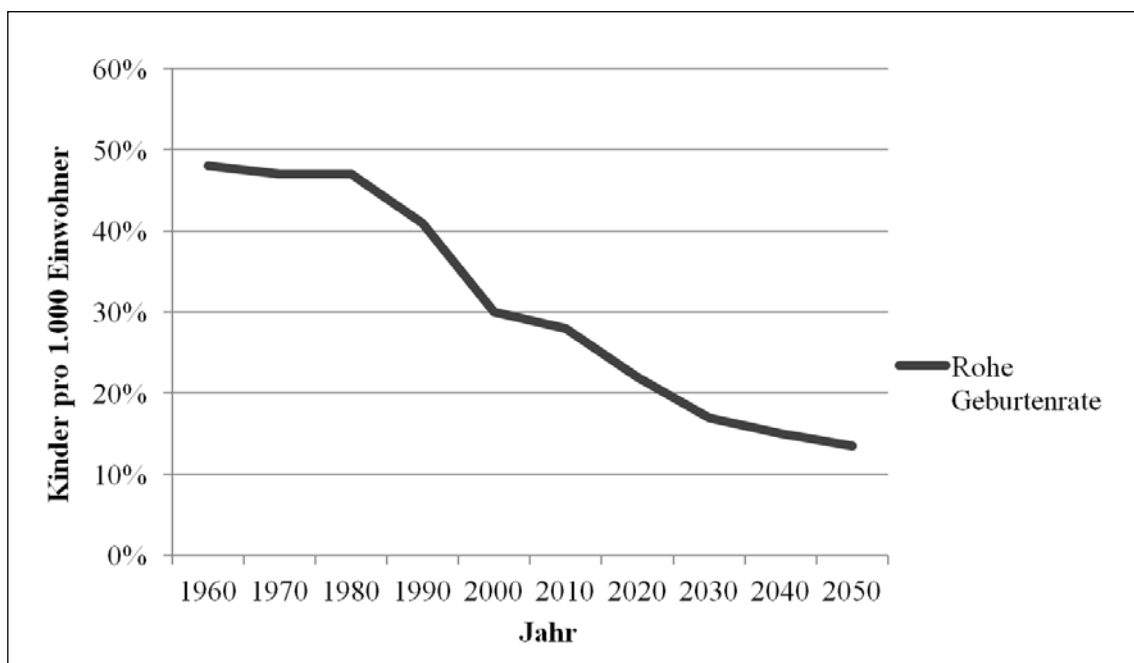
Land	Pro-Kopf-Einkommen Atlas	Pro-Kopf-Einkommen KKP	Bevölkerung unter der Armutsgrenze (2 USD pro Tag in %)		Bevölkerungswachstum
	(in USD)	(in USD)	1995-2007*	2000-2009*	(in %)
	2009	2009			2000-2009*
Ägypten	2,07	5,68	18,4	21,6	1,9
Algerien	4,42	8,11	23,6	12,1	1,5
Jemen	1,06	2,33	45,2	34,8	2,9
Jordanien	3,98	5,73	3,5	14,2	2,4
Libanon	8,06	13,40	-	7,97	1,3
Libyen	12,02	16,43	-	-	2,0
Marokko	2,77	4,40	14	9,0	1,2
Palästinensische Gebiete	1,25	-	-	34,5	3,3
Syrien	2,41	4,62	-	12,3	2,7
Tunesien	3,72	7,81	12,8	4,1	1,0

* Die Angaben beziehen sich auf das jüngste Jahr, für das Daten im angegebenen Zeitraum vorliegen (Radwan 2009, eigene Darstellung).

Syrien auch die Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung im Zuge der Strukturpassungsprogramme arabischer Staaten Mitte der 1980er-Jahre. Die Fallstudie hat bereits deutlich aufgezeigt, dass die Proteste in Syrien nicht ohne Grund in den südlichen, peripheren Regionen des Landes begannen und sich von dort aus nach Zentralsyrien ausbreiteten. Die Landesteile fernab der Hauptstadt Damaskus und der Wirtschaftsmetropole Aleppo verfügen, wie geschildert, über einen sehr hohen Anteil ländlicher Bevölkerung. Dieser Teil ist in Syrien besonders stark von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Gleichzeitig hat die syrische Regierung es versäumt, diese Kluft zu schließen, und der urbanen Bevölkerung immer mehr Zugeständnisse zu Lasten der ländlichen Bevölkerung gemacht. Der überwältigende Großteil der wissenschaftlichen Fachliteratur sieht in dem Konflikt zwischen Stadt- und Landbevölkerung die Hauptursache für den Ausbruch der Demonstrationen in Syrien (Perthes 1990; Gehrcke/Reymann 2013; Wieland 2012). Daher soll im Folgenden versucht werden, diese offensichtlich vorhandene Kluft zwischen den beiden Bevölkerungsteilen mit Zahlen zu belegen, die darauf schließen lassen, dass es Unterschiede in Bildung und Wohlstand, aber auch bei der Betrachtung anderer Werte gegeben haben könnte.

Vor dem Hintergrund der jungen Bevölkerung des Landes soll zunächst einmal die Fertilitätsrate, also die Geburtenrate, in Syrien betrachtet werden. Dieser Wert ist neben der Sterblichkeitsrate maßgeblich für die Bevölkerungsentwicklung eines Landes. In der Demografie bedeutet der Begriff Fertilität die Anzahl von Kindern, die eine Frau in ihrem Leben gebiert. Dieser Wert ist insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit interessant, da man durch eine hohe Fertilitätsrate von einer Verschärfung der Problematik ausgehen kann. Während die „Rohe Geburtenrate“ (Zahl der Lebendgeburten pro Jahr je 1.000 Einwohner (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2015) im weltweiten Durchschnitt in den letzten 50 Jahren von 37,2 Kindern pro 1.000 Einwohnern auf 20,3 Kinder gesunken ist, unterscheidet sich der Wert zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nach wie vor deutlich (Mohamed 2011). Abbildung 2 zeigt die Rohe Geburtenrate Syriens von 1960 bis 2010 und eine Prognose bis zum Jahr 2050.

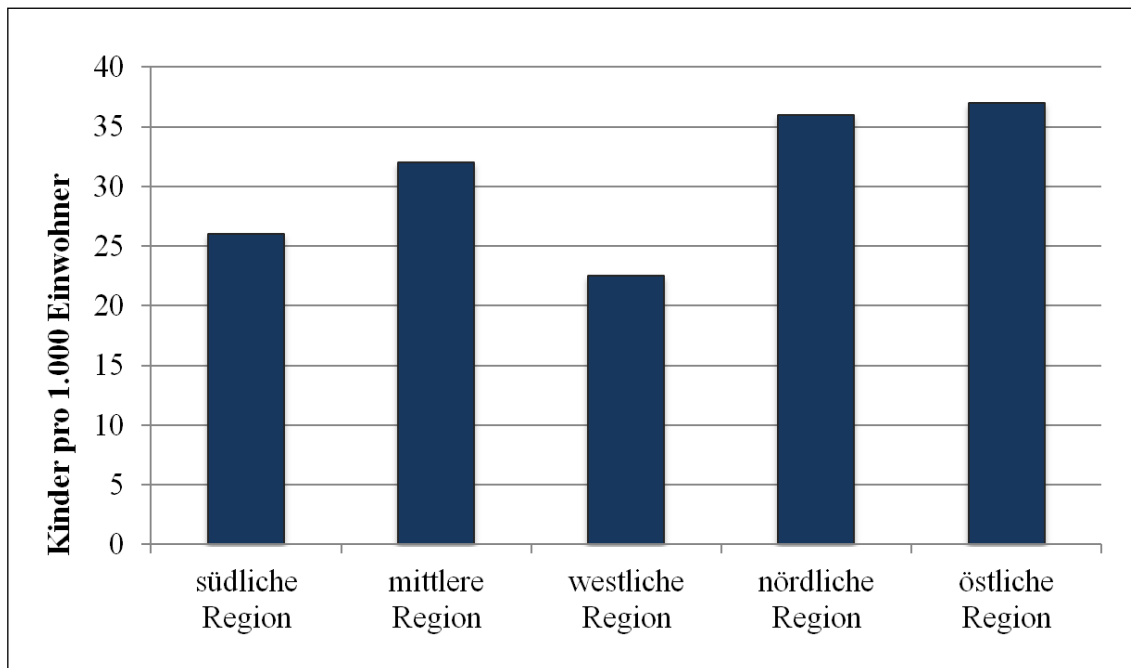
Abb. 2: Rohe Geburtenrate in Syrien von 1960 bis 2010 mit einer Prognose bis zum Jahr 2050



Mohamed, Rasha (2011): Das Programm „Gesunde Dörfer“ in Syrien – eine empirische Analyse, eigene Darstellung.

Die „Allgemeine Geburtenrate“ (Anzahl der lebend geborenen bezogen auf Anzahl der Frauen im gebärfähigem Alter) in Syrien betrug im Jahr 2007 durchschnittlich 31 Kinder je 1.000 Einwohner, wobei es auch hier Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen des Landes gibt. Wie Abbildung 3 zeigt, wurden in der östlichen Region mit 36 Kindern je 1.000 Einwohner die meisten Kinder geboren (Mohamed 2011), 23 Kinder je 1.000 Einwohner – und damit am wenigsten – wurden hingegen in der westlichen Region zur Welt gebracht.

Abb. 3: Allgemeine Geburtenrate in Syrien in unterschiedlichen Regionen



Mohamed, Rasha (2011): Das Programm „Gesunde Dörfer“ in Syrien – eine empirische Analyse, eigene Darstellung.

Ein deutlicher Unterschied ist ebenfalls zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum erkennbar. Die totale Fertilitätsrate in Syrien und ihre zeitliche Veränderung sind in Tabelle 3 dargestellt. Die Ursache für diesen Unterschied könnte unter anderem darin liegen, dass Familienplanung in den ländlichen Gebieten eine weitaus geringere Rolle spielt als in den urbanen Regionen. Außerdem vertritt ein großer Teil der ruralen Bevölkerung bis heute die Ansicht, dass Kinder ein wichtiges Instrument für die Altersvorsorge darstellen und jedes neugeborene Kind in der Agrarwirtschaft gebraucht wird. Auffällig sind die deutlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, die sich durch den geringeren Stellenwert der Familienplanung in ländlichen Gebieten begründen lassen.

Tab. 3: Totale Fertilitätsrate im städtischen und ländlichen Raum

Jahr	Stadt	Land	Gesamt
1993	4,59	5,06	4,20
2001	3,40	4,40	3,80
2004	3,19	4,10	3,58

Mohamed, Rasha (2011): Das Programm „Gesunde Dörfer“ in Syrien – eine empirische Analyse, eigene Darstellung.

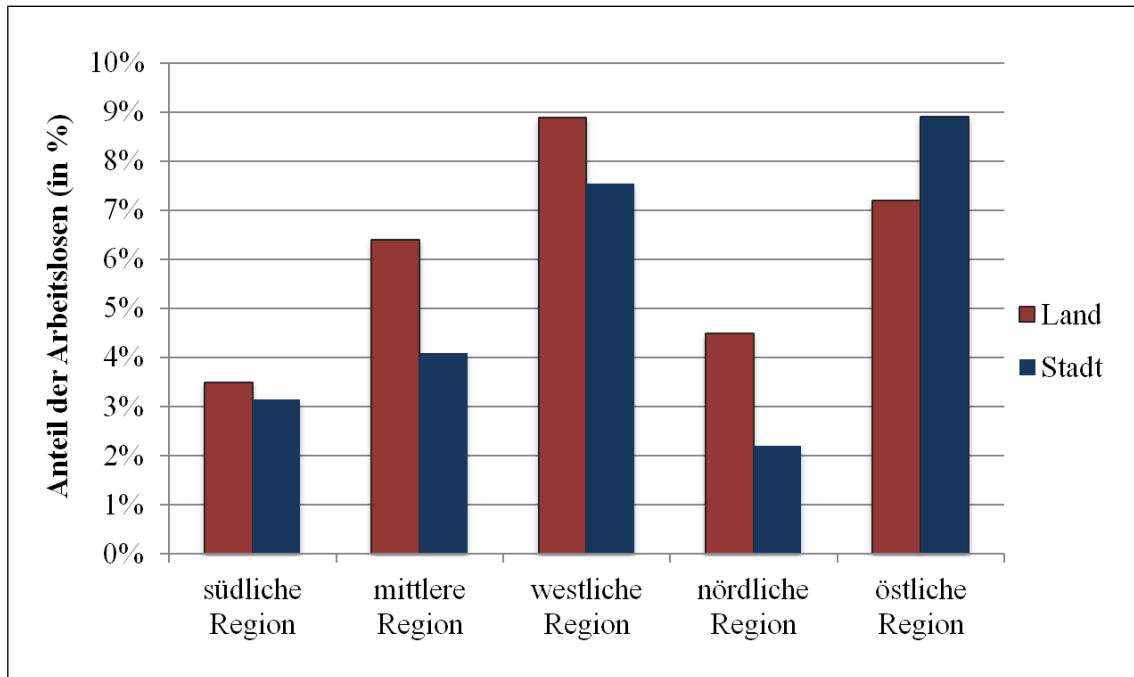
Tabelle 3 zeigt auch, dass die totale Fertilitätsrate zwar abnimmt, dass dieser Prozess im ländlichen Raum aber langsamer vonstatten geht als in den Städten. 2004 lag die totale Fertilitätsrate in den Städten bei 3,19, auf dem Land lag sie bei 4,1 (Mohamed 2011). Vor dem Hintergrund der fehlenden Bildungschancen für junge Leute zeigt diese Analyse eine Tendenz. Sie signalisiert, dass auf dem Land mehr Menschen geboren werden als in der Stadt, während die Berufsperspektiven schlechter sind. Dies bestätigen auch die Bildungsniveaus in ruralen und urbanen Regionen, auf die noch einzugehen sein wird.

In den arabischen Ländern herrscht allgemein ein großer Trend zur Jugendarbeitslosigkeit. Im Folgenden soll nun noch einmal konkret auf Syrien eingegangen werden mit dem Ziel zu überprüfen, ob es auch hier Unterschiede zwischen urbanen und ruralen Regionen gibt. Sollte dies der Fall sein, wäre es das nächste Indiz für eine syrische Zweiklassengesellschaft, die sich aus einer städtischen und einer ländlichen Bevölkerung zusammensetzt. Hat die bisherige Untersuchung doch eine relativ junge, stark wachsende Bevölkerung ergeben, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängt. Absolut betrachtet führt das zu einer konstant steigenden Arbeitslosigkeit. Über 63 % der syrischen Bevölkerung war vor Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ über 15 Jahre alt. Dennoch sind nur 44 % dieser Gruppe auf dem Arbeitsmarkt tätig. Wie in anderen arabischen Ländern sichtbar, ist eine Ursache hierfür die geringe Beteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Stengel 2010). Nach Informationen des syrischen Zentralen Amtes für Statistik lag die Arbeitslosigkeit im Jahr 2007 bei 4,8 % (Satouf 2007). Die geschätzte verdeckte Arbeitslosigkeit liegt allerdings zwischen 20 und 25 % und ist damit bis zu fünf Mal höher als die offizielle Angabe (Auswärtiges Amt 2010). Neben einem gravierenden Unterschied zwischen Männern und Frauen weist die Arbeitslosenquote erwartungsgemäß auch Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen auf. Dies ist Abbildung 4 zu entnehmen.

Wenn man von der östlichen Region des Landes absieht, ist die Arbeitslosigkeit in der Stadt stets niedriger als auf dem Land. In den ländlichen Gebieten der westlichen Region werden 9 % der Einwohner als arbeitslos geführt, wohingegen der Wert in den städtischen Gebieten mit 7,6 % geringer ist. Im Landesinneren sind 6,4 % der ruralen Einwohner arbeitslos. In den Städten ist der Wert mit 4,1 % deutlich geringer. Ähnliches gilt für die nördliche Region, in der die Arbeitslosigkeit auf dem Land doppelt so hoch ist wie in der Stadt (Satouf 2007). Die Vermutung, dass sich die Ungleichbehandlung der städtischen und der ländlichen Bevölkerung auch in der Arbeitslosigkeit der beiden Gruppen zeigt, hat sich bestätigt. Dennoch sind die Unterschiede nicht so gravierend wie angenommen. Dies kann aber auch daran liegen, dass es schwer ist, eine Grenze zu ziehen und exakt einzuteilen, wann Bürger noch zum Umfeld einer Stadt dazugehören und wann sie dem ländlichen Raum zugewiesen werden. Da dies anhand der Zahlen nicht zu erkennen war, ist diese Analyse mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Vertraulichkeit der offiziellen Daten mehr als zweifelhaft ist und die direkten Vororte der Großstädte eine sehr hohe Arbeitslosigkeit aufweisen, ist dieses Ergebnis nicht

zwingend vertrauenswürdig. Dennoch lässt sich der vermutete Unterschied zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung absolut bestätigen.

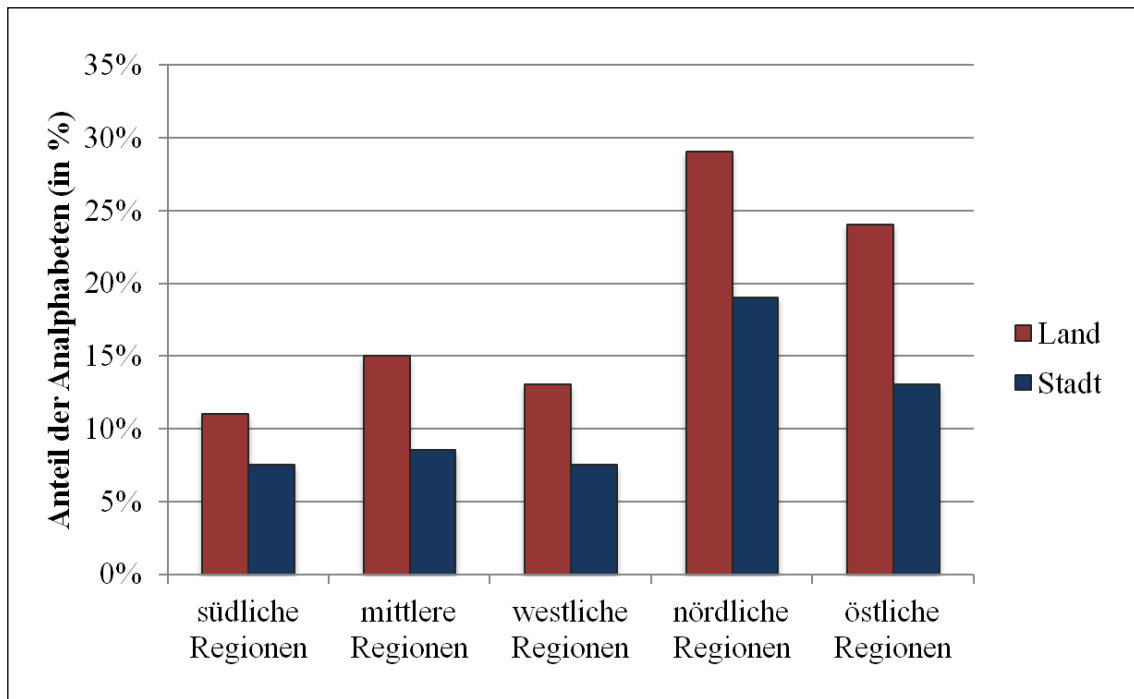
Abb. 4: Vergleich der Arbeitslosenrate zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung Syriens



Mohamed, Rasha (2011): Das Programm „Gesunde Dörfer“ in Syrien – eine empirische Analyse, eigene Darstellung.

Im Folgenden sollen nun mögliche Bildungsunterschiede zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten beleuchtet werden. Da auch für die Untersuchung der Bildungsunterschiede im Land belastbare Zahlen bezüglich verschiedener Abschlüsse oder der Anzahl der Schulen in städtischen und ländlichen Regionen fehlen – auch hier hat die Regierung keine verlässlichen statistischen Daten erhoben –, liegt der Fokus bei der Betrachtung der Bildungsunterschiede auf dem Analphabetismus im Land. Dieser ist in allen Entwicklungsländern ein zentrales Problem und hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Demografie sowie die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Situation im Land. Im Jahr 2004 betrug die Analphabetenquote in Syrien 20 % aller Einwohner ab dem Alter von 15 Jahren. Davon waren nur 30 % erwerbstätig (Satouf 2007). Erkennbar ist also eine direkte Verbindung zwischen Arbeitslosigkeit und Alphabetisierungsgrad. Seit 1960 ist der Analphabetismus in Syrien zwar rückläufig, er blieb dennoch ein gravierendes Problem für die syrische Regierung. Vor allem in ländlichen und ärmeren Regionen des Landes helfen Kinder bei der Sicherung des Lebensunterhalts der Familien. Daher hat die schulische Bildung nicht die oberste Priorität. Abbildung 5 (S. 40) zeigt die Analphabetenquote in den städtischen und ländlichen Regionen.

Abb. 5: Vergleich der Analphabetenquote zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung Syriens



Mohamed, Rasha (2011): Das Programm „Gesunde Dörfer“ in Syrien – eine empirische Analyse, eigene Darstellung.

Es zeigt sich deutlich, dass der Anteil der Analphabeten in der Stadt geringer ist, als in den ländlichen Regionen. Insbesondere im Norden und im Osten Syriens ist die Analphabetenquote enorm hoch. Die nördliche Region des Landes weist mit fast 30 % die landesweit höchste Analphabetenrate im Land auf.

Betrachtet man alle geschilderten Faktoren, zeigt sich ein deutliches Ergebnis. Die Bildungs- und Wohlstandsunterschiede in Syrien weichen zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung enorm ab. Im Vergleich mit den anderen arabischen Staaten, die von den Unruhen des „Arabischen Frühlings“ erschüttert wurden, wird deutlich, dass diese Unzufriedenheit eine Rolle beim Ausbruch der Demonstrationen gespielt hat. In allen Regimen, die eine solche oder eine ähnliche Ungleichheit in ihrer Gesellschaft aufweisen – sei es in Ägypten, Tunesien oder im Fallbeispiel Syrien –, kam es zu Unruhen in der Bevölkerung. Dabei gingen diese Unruhen stets von den benachteiligten Gruppen aus. Die hohe Fertilitätsrate in Syrien überlud über Jahrzehnte hinweg den Arbeitsmarkt. Dies führte zu einer kontinuierlich ansteigenden Arbeitslosigkeit. Durch die insbesondere in ländlichen Regionen immer noch hohe Analphabetenrate scheinen die Berufsperspektiven für junge Menschen tatsächlich immer schlechter zu werden. Das Assad-Regime hat es ebenso wie die Regime von Ben Ali und Mubarak versäumt, diese Ungleichheit aufzulösen und konnte sich sicherlich auch deshalb nicht mehr der Unterstützung der Bevölkerung sicher sein.

3.3 Dritte Annahme

Die dritte Annahme befasst sich mit der Frage, inwieweit eine einheitliche Repräsentation aller ethnischen und religiösen Gruppen in der Führungsriege eines Staates zur Bildung einer gemeinsamen Identität notwendig ist: „Wenn die Führung eines Staates eine Machtasymmetrie zugunsten einer gesellschaftlichen Gruppe aufweist, kann keine gemeinsame nationale Identität aufgebaut werden.“

Diese Annahme ist in Bezug auf das Analyseobjekt Syrien insofern interessant, als insbesondere nach Ausbruch der Demonstrationen deutliche Unterstützungstendenzen einiger Teile der Bevölkerung zugunsten der Regierungen zu vernehmen waren. Diejenigen, die der Regierung Assads auch im Zuge vieler Demonstrationen in Scharen ihre uneingeschränkte Unterstützung zusicherten, gehörten in der Mehrheit der alawitischen oder christlichen Minderheit an. Zumindest ist der Zuspruch dieser Bevölkerungsgruppen für das Assad-Regime deutlich größer als derjenige der Mehrheitsgesellschaft. Im Folgenden ist zu klären, ob die Ursache dafür möglicherweise neben der säkularen Einstellung des Regimes und der damit einhergehenden Sicherheit für solche Religionszugehörige, die in anderen Staaten benachteiligt behandelt werden würden, auch in einer bevorzugten Behandlung bestimmter religiöser Gruppen der Gesellschaft liegen könnte.

In seinem Werk „The Struggle For Power In Syria“ fasst der Autor Nikolaos Van Dam die Struktur syrischer Politik folgendermaßen zusammen: Nach dem Zerschlagen der Vereinigten Arabischen Republik 1961 haben religiöse und ethnokulturelle Faktoren beim Kampf um die Machtergreifung im Land eine dominante Rolle gespielt (Van Dam 2011: 75). Der Einfluss derer, die im Militär einen hohen Offiziersposten erlangten oder die in der nationalen Politik zu Erfolg gelangten, war sehr stark von ihrem Einfluss unter den Leuten der Regionen, von denen sie selber herkamen, abhängig. Auch innerhalb der Baath-Partei war vor und kurz nach ihrer Machtergreifung ein Konflikt entbrannt, aus dem sich relativ schnell Hafez Al-Assad als Sieger herauskristallisierte (Van Dam 2011: 78).

Zentral für die Betrachtung der syrischen Führungsriege ist eine Analyse des syrischen Militärs, da dieses seit jeher das wichtigste Instrument des Baath-Regimes unter der Regentschaft der Assads zur Machtsicherung war. Das Jahr 1963 gilt als ein wesentlicher Wendepunkt in der modernen syrischen Geschichte, insbesondere in Bezug auf die Besetzung wichtiger politischer und ökonomischer Ämter. Das Verhältnis zwischen Sunniten und Nicht-Sunniten, der Land- und der Stadtbevölkerung sowie zwischen den moderneren und den traditionellen Bevölkerungsgruppen in Syrien änderte sich mit der Machtergreifung der Baath-Partei am 8. März 1963 drastisch (Van Dam 2011: 67). Dieser Wandel schlug sich auch in der Zusammensetzung der politischen Elite des Landes nieder. Von 1942 bis 1963 waren die Sunniten und die Bewohner der Großstädte sowie wohlhabendere Gruppen in Syriens Bevölkerung diejenigen mit dem größten Einfluss in Syrien. Zuge-

hörige religiöser Minderheiten sowie die Landbevölkerung waren in der politischen Riege stark unterrepräsentiert und wurden politisch und wirtschaftlich unterdrückt. Nach dem 8. März 1963 und dem Militärputsch der Baath-Partei änderte sich dies. Fortan waren insbesondere Alawiten und Männer aus den ärmeren ländlichen Regionen – hierbei insbesondere die Hochburg der Alawiten Latakia – überrepräsentiert (Van Dam 2011). Der steigende Einfluss der syrischen Minderheiten und der Landbevölkerung kann Van Dam zufolge als eine Art nationale Emanzipation betrachtet werden. Große Menschenmengen zog es nach Damaskus, weil sie sich aufgrund ihrer Loyalität gegenüber den neuen Machthabern Privilegien erhofften. Dabei ist hervorzuheben, dass ebendiese loyalen Anhänger die große Nähe zur Baath-Partei suchten, um ihre Eigeninteressen zu befriedigen. Hierbei ging es mehr um eine ökonomische Bereicherung als um die Vertretung einer Ideologie. Die breite Masse der Landbevölkerung blieb nach wie vor unterprivilegiert. Nach der Machtergreifung der Baath-Partei gingen die alten Konflikte zwischen Stadt und Land, Arm und Reich genauso weiter wie zuvor (Van Dam 2011: 78).

Betrachtet man die Zusammensetzung des syrischen Kabinetts nach Religionsgruppen wird deutlich, dass während der Syrisch-Ägyptischen Union von 1958 bis 1961 keine Christen in den regionalen Kabinetten vertreten waren, wohingegen die Sunniten mit 94,7 % die mit Abstand am stärksten vertretene Gruppe stellten (Van Dam 2011: 79). Eine solche Dominanz war weder vor noch nach der Vereinigten Arabischen Union der beiden Länder festzustellen. Auf der höchsten Ebene der Syrisch Arabischen Union war der Anteil der Sunniten sogar noch höher.

Eine Ursache dieser starken sunnitischen Prägung könnte gewesen sein, dass Ägypten in dieser Union stets den stärkeren Part übernommen hatte und sehr sunnitisch geprägt war (Al Hayat 1970). Auch der Staatspräsident dieser Einheit, Jamal Abdul Nasser, war Sunnit. Vor und nach dieser Union waren insbesondere griechisch-orthodoxe Christen immer sehr stark in den Kabinetten vertreten. Während das syrische Parlament stets die Elite widerspiegelt hatte, zeigte die Baath-Partei, die seit 1963 das Land beherrschte, eine deutlich stärkere Repräsentation der ärmeren ländlichen Gruppen. Insbesondere in der Region Latakia, die bis heute sehr stark von der schiitischen Minderheitsgruppe der Alawiten geprägt ist, aber auch generell hatten religiöse Minderheiten unter dem Assad-Regime einen großen Einfluss. Diese Repräsentation der unteren, benachteiligten Klassen erreichte ihren Höhepunkt zwischen 1966 und 1970. Sowohl in den regionalen Führungsetagen als auch in den Kabinetten waren kaum einflussreiche Menschen aus den Metropolen Damaskus und Aleppo zu finden.

Betrachtet man die Besetzung der Befehlshaber nach regionalen Kriterien, wird deutlich, dass die Mächtigen vor allem aus den ländlichen Regionen in Latakia (29,7 %), der südlichen Provinz Hawran (20,3 %) und dem im Nordosten gelegenen Deir-Al-Zur (15,6 %) stammten (Drysdale/Blake 1985: 163). Diese Zusammensetzung kann nicht als zufällig

bezeichnet werden. Betrachtet man die Parteistruktur der Baath-Partei insgesamt, finden sich Hinweise auf die Ursache dieser Phänomene. So verdankte beispielsweise der alawitische Generalstabschef der Armee, Salah Jadid, bis zu seiner Absetzung durch den späteren Staatspräsidenten Assad seinen zu diesem Zeitpunkt hohen Einfluss und seine Popularität in der Partei insbesondere der Unterstützung der ländlichen Regionen. In der Partei war die alawitische Gruppe die mit 23,4 % am stärksten vertretene religiöse Minderheit. In der Zeit nach 1970, insbesondere ab Assads Übernahme der Präsidentschaft 1971, stieg die Zahl der Sunniten und der Vertreter aus den Großstädten in den Kabinetten zwar wieder zu Lasten der religiösen Minderheiten und der Landbevölkerung an, die Macht über die wichtigsten Institutionen – das Militär, die Geheimdienste und weitere Schlüsselpositionen – lag aber nach wie vor bei Präsident Assad. Assads Ziel war es, die großen Gruppen anhand solcher „Pseudozugeständnisse“ zufriedenzustellen und dabei die Macht dennoch in einem kleinen, elitären Kreis – insbesondere bestehend aus Alawiten und Teilen seines Familienclans – zu behalten (Van Dam 2011: 79). Eine Untersuchung der regionalen Führungsetagen des Militärs und in den Kabinetten zeigt eine noch deutlichere Dominanz der alawitischen Minderheit. Auf die Religionszugehörigkeit bezogen, waren alawitische Offiziere nach dem 8. März 1963 mit 38,7 % die größte Minderheiten-gruppe in der höchsten Ebene des syrischen Militärs. Dahinter folgten drusische Offiziere mit 8,1 % und ismailitische Offiziere mit ebenfalls 8,1 %.

Die Sunniten besetzten zwar 45,1 % der wesentlichen Ämter, dies sagt jedoch wenig über ihren tatsächlichen Einfluss aus (Drysdale; Blake 1985: 168). Während die religiösen Minderheiten im Großen und Ganzen aus ähnlichen Regionen stammten und damit die Möglichkeit hatten, unter sich Machtblöcke zu bilden, kamen die Sunniten aus allen Teilen des Landes. Diese fehlende Kompaktheit erschwerte es ihnen zusätzlich, sich regional zu organisieren. Auch wenn christliche Offiziere in den Führungsriegeen zwar nicht aufzufinden waren, hatten sie doch sehr hohe Positionen innerhalb der bewaffneten Einheiten. Ihre Bedeutung lag eher im militärisch-technischen Bereich. In Form einzelner Individuen spielten sie zwar teilweise auch in der Politik eine gewichtige Rolle, jedoch nie als Gruppe. Wie den Sunniten schadete den Christen hierbei ihre regionale Aufteilung über weite Teile des Landes.

Nach 1969 waren die letzten Drusen und Ismailiten ebenfalls aus den hohen Positionen entfernt worden, so dass nur noch Alawiten und Sunniten in den Führungsetagen zu finden waren. Die Alawiten genossen seitdem die nahezu absolute Vorherrschaft. Sie repräsentierten die starken Fraktionen der Armee, während die sunnitischen Offiziere trotz ihrer leichten Mehrheit in den regionalen Abteilungen keine einflussreichen Posten besetzten. Die Wahl von Rifat Al-Assad, dem Bruder des damaligen Staatspräsidenten, zu einem der mächtigsten Mitglieder der syrischen Armee im Jahre 1975 zeigte deutlich, dass sich Präsident Assad sehr stark auf hohe Offiziere aus seiner Familie, seinem alawitischen Stamm, seinem Herkunftsdorf oder seiner Nachbarschaft verließ. Betrachtet man einige

der einflussreichsten Alawiten in Syrien, wird deutlich, dass sie tatsächlich die mächtigsten Personen im Land waren. Nicht nur der Posten des Staatspräsidenten, auch andere sehr wichtige Posten aus Politik und Wirtschaft wurden durch Freunde, Familien und Zugehörige des Alawiten- und Assad-Clans besetzt. Dieser Trend ist auch nach dem Tod von Hafez und der Übernahme der Macht durch seinen Sohn Bashar nicht vollends erloschen, obwohl er versuchte, den Einfluss der alten Garde seines Vaters einzudämmen (Zisser 2003).

Um diesen Einfluss der Alawiten faktisch zu belegen, werden im Folgenden einige der einflussreichsten Alawiten in der syrischen Politik und Wirtschaft genannt und ihre Positionen geschildert. Einer der wichtigsten Männer im politischen Geflecht war unter der Regentschaft von Staatspräsident Hafez Al-Assad sein bereits erwähnter Bruder. Rifat Al-Assad war Leiter der „Al Quat al Khasa“ – der mächtigsten und am besten ausgebildeten Spezialeinheit des syrischen Militärs. Der jüngere Bruder des Präsidenten galt lange Zeit als seine rechte Hand (Drysdale 1985). Zeitweilig war er Verteidigungsminister und später sogar der Vizepräsident des Landes. Rifat Al-Assad war der befehlshabende Offizier bei der Niederschlagung eines Aufstands der Muslimbruderschaft im Jahre 1982.

Dieses Ereignis wurde eingangs geschildert und sollte später als das „Massaker von Hama“ in die Geschichte eingehen. Nach diesem Massaker überwarf er sich mit seinem Bruder und versuchte vergeblich, durch einen Putsch die Macht an sich zu reißen (Drysdale 1985). Er ging ins Exil und wurde ein einflussreicher und reicher Geschäftsmann, der von den Beziehungen aus seiner Regierungszeit in Syrien profitierte. Unter anderem bereicherte er sich an antiken, historisch wertvollen Ausgrabungen, die er von speziellen Einheiten vornehmen ließ und ins Aus- und Inland verkaufte. Nachdem Hafez Al-Assad im Jahre 2000 starb, kritisierte Rifat die Nachfolge seines Neffen Bashar als verfassungswidrig, da er hoffte, selbst das Amt des syrischen Staatspräsidenten zu erlangen (Drysdale 1985). Verschiedene Menschenrechtsorganisationen bestätigen seine Verantwortung für das Massaker im berüchtigten Gefangenenlager in Tadmur. Nach einem gescheiterten Attentat auf den Präsidenten schickte er seine Spezialeinheit in die Anstalt, um ca. 1.000 politische Häftlinge, vornehmlich sunnitischen Glaubens, hinrichten zu lassen. Seine Gräueltaten brachten ihm unter anderem den Namen „Schlächter von Tadmur“ und „Schlächter von Hama“ ein.

Auch Ali Haidar, der ehemalige Geheimdienstoffizier, gehört der Religionsgruppe der Alawiten an und profitierte in seiner Karriere stark von seiner Verbindung zu den Assads. Mittlerweile ist er ein syrischer Politiker und der Vorsitzende der „Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei“ (Quiades 2009). Bei der syrischen Parlamentswahl im Jahr 2012 wurde er zum Mitglied des syrischen Volksrates gewählt. Seine Partei schloss sich später mit der „Partei des Volkswillens“ zur oppositionellen „Volksfront für Wandel und Freiheit“ zusammen. Er persönlich ist seit Juni 2012 der Staatsminister für nationale Versöhnungsangelegenheit (Al Jazeera 2012b).

Die bisher geschilderten Vertrauten Assads sind nur einige Beispiele für enge Vertraute, die aus ihrer Religionszugehörigkeit oder ihren engen Beziehungen zum Assad-Klan profitierten. Die im Folgenden beschriebenen Personen sind beide Familienmitglieder des aktuellen Staatspräsidenten, gehören zum engsten Kreis der Assad-Vertrauten und stehen, vermutlich wie keine anderen, als Paradebeispiel für die Vetternwirtschaft des Assad-Regimes:

Zum einen Rami Machluf, der reichste Geschäftsmann Syriens und Cousin ersten Grades des Staatspräsidenten. Er kontrolliert den syrischen Mobilfunkanbieter „SyriaTel“ (Bar 2006). Analysten zufolge benötigt jedes ausländische Unternehmen, das Geschäfte in Syrien machen möchte, die Zustimmung Machlufs. Seine Familie gilt als die reichste in Syrien. Das Privatvermögen Ramis und seines Bruders Ihab wurde 2006 auf circa drei Milliarden Dollar geschätzt (Ismail 2009: 20). Neben „SyriaTel“ ist Rami im Rahmen der Familiengeschäfte auch an Immobiliendeals, Bankgeschäften und Freihandelszonen entlang der libanesischen Grenze sowie Luxuskaufhäusern in Damaskus beteiligt. Die Familie kontrolliert zudem den Import von Tabak und besitzt zusätzlich ausgedehnte Ländereien auf den US-amerikanischen Jungferninseln. Er ist Eigentümer der syrischen Tageszeitung „Al-Watan“ und kontrollierte zeitweise, während der 2000er-Jahre, den Import von Automobilen der deutschen Marke Mercedes-Benz (Chimelli 2011). Was auf den ersten Blick nach einem sehr erfolgreichen Geschäftsmann mit einer erfolgreichen Anlagestrategie aussieht, erweist sich bei näherer Hinsicht als eine Konsequenz aus Korruption und Kooperation mit dem Assad-Regime. So pflegt er nicht nur ein enges Freundschaftsverhältnis zu Bashar und dessen Geschwistern, er arbeitete mit ihnen auch geschäftlich zusammen. Für politische Beobachter verdankt er seinen Reichtum der engen Verbundenheit mit dem Regime. Gerüchten zufolge kontrolliert er 75 % der syrischen Wirtschaft und ist – nach Meinung vieler Syrer – der personifizierte Grund für die Kluft zwischen Arm und Reich. Ein Großteil der Syrer bezeichnet den Alawiten als Dieb, der sich auf Kosten der Bevölkerung bereichert.

Der zweite, sehr enge Vertraute des Präsidenten ist Maher Al-Assad. Maher ist der jüngste Bruder des Bashar Al-Assad und trat nach seinem Studium ins Militär ein. Für den UN-Sicherheitsrat ist Maher einer der Hauptverdächtigen für das tödliche Attentat von 2005 auf den ehemaligen libanesischen Regierungschef Rafiq Al-Hariri. Zudem befehligte er 2008 die Niederschlagung eines Gefängnisaufstandes in Saidnaya. Als Leiter der vierten Division des syrischen Militärs – einer der am besten ausgerüsteten Spezialeinheiten – hat er erheblichen politischen und militärischen Einfluss (Pan 2012). Im Bürgerkrieg wird ihm von Beobachtern eine zentrale militärische Rolle zugeschrieben. Aufgrund seiner Rolle als Hauptverantwortlicher für das gewaltsame Vorgehen gegen die Demonstranten wurde sein gesamter Besitz im europäischen Raum von der EU eingefroren (Amtsblatt der Europäischen Union 2012).

Neben den genannten Personen gibt es eine weitere Vielzahl einflussreicher Persönlichkeiten aus dem Alawiten-Klan und der engeren Verwandtschaft Assads. Auch Atef Najib, der Polizeichef, der die Jugendlichen in Daraa verhaften und foltern ließ und damit den Stein der Demonstrationen ins Rollen brachte, ist ein Cousin Assads und der Polizeichef Daraas. Die Liste ließe sich nahezu beliebig fortsetzen.

Es sollte deutlich geworden sein, dass es ein großes Ungleichgewicht in der syrischen Führungsriege gab. Obwohl die sunnitische Gruppe die Mehrheit der Bevölkerung bildet, blieb ihr politischer Einfluss marginal.

Es ist durchaus möglich, dass die Beschaffenheit der staatlichen Führung eines Regimes bei einer Machtasymmetrie zu einer Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt, da die Schaffung einer nationalen Identität nur dann möglich ist, wenn die Interessen des Großteils der Bevölkerung befriedigt werden und die Werte und Normen der Bevölkerung sich mit denen des Regimes decken. Syrien verfügt über eine sehr heterogene Bevölkerung mit einer großen sunnitischen Mehrheit. Dennoch wurde diese kulturelle Vielfalt in der syrischen Führungsriege nicht abgebildet. Die alawitische Minderheit dominierte die Führungsetage Syriens, an deren Spitze Bashar Al-Assad und seine Verwandten standen. Die Vetternwirtschaft des Regimes wurde vor allem vor dem Hintergrund, dass fast nur Alawiten davon profitierten, sehr schnell zu einem konfessionalisierten Problem.

Die Theorie des Konstruktivismus besagt, dass das Volk eines Staates eine gemeinsame Identität entwickeln muss. Diese Identität soll sich sowohl in ihrer politischen Konstitution als auch im Verhalten der politischen Vertreter im internationalen System widerspiegeln. In der syrischen Regierung ist das jedoch nicht der Fall, obwohl Bashar Al-Assad regelmäßig das Gegenteil betont. Das Regime der Baath-Partei vertritt in erster Linie die Interessen der syrischen Elite, die in der Regel aus der Familie der Assads stammt (Schumann; Jud, 2013). Wissenschaftlich betrachtet kann diese Hypothese insbesondere in Bezug auf das Fallbeispiel Syrien absolut bestätigt werden. Betrachtet man die Machtelite der Alawiten, entsteht schnell der Eindruck eines Staates im Staate. Innerhalb der alawitischen Gruppe ist ein großer Normen- und Wertekonsens vorhanden, da die Bedürfnisse der Beteiligten befriedigt wurden. Dieser Wertekonsens lässt sich aber nicht auf den Großteil der Gesamtbevölkerung übertragen. Betrachtet man die Gültigkeit der Hypothese im Allgemeinen, scheint sie zuzutreffen: Ein Regime muss den Rückhalt seines Volkes haben, um langfristig existieren zu können. Dies ist in einem autokratischen System genauso der Fall wie in einer Demokratie.

3.4 Vierte Annahme

In der Fallstudie wurde bereits eine große Übereinstimmung der Bevölkerung zu der panarabischen Rhetorik des Regimes und der pro-palästinensischen Haltung der Assads festgestellt. Inwieweit die vierte Annahme dieser Arbeit zutrifft, soll nun anhand der Betrachtung einiger außenpolitischer Faktoren und Erfolge geklärt werden. Zusätzlich soll auf die Medienlandschaft in Syrien eingegangen werden. Die vierte Annahme lautet: „Wenn eine Gesellschaft in außenpolitischen Fragen einen hohen Übereinstimmungsgrad aufweist, dann kann dies innenpolitische Differenzen ausgleichen.“

Die Außenpolitik Syriens hat sich seit Assads Amtsantritt und insbesondere seit dem Irak-Krieg geändert. Viele Wissenschaftler bezeichnen Syrien als „Pariastaat“ (Beck 2006). In der Regel wird die Politik der Pariarisierung von den USA initiiert und vorangetrieben. Dies liegt daran, dass die USA trotz anderer mächtiger Staaten wie Russland oder der Wirtschaftsmacht China nach wie vor den wohl größten Einfluss in der Welt besitzen. Bei Pariastaaten handelt es sich um autoritäre Staaten, die durch Sanktionen und externe Druckausübung einflussreicher Akteure des internationalen Systems unter Druck gesetzt werden. Syrien steht seit 1979 auf der „State Sponsored Terrorism“-Liste der USA. Die Ursache hierfür lag in der Intransigenz Syriens gegenüber Israel und der Ablehnung gegen den von den USA lancierten Friedensprozess zwischen Ägypten und Israel. All dies geschah unter der Regentschaft von Hafez Al-Assad. Im Zuge des Irak-Krieges erhöhten die USA den Druck auf die Syrisch Arabische Republik noch einmal signifikant (Beck 2006). Der Grund lag in regionalen, aber auch internationalen Veränderungen im Bereich der Sicherheitspolitik. Der ehemalige US-Präsident George W. Bush machte damals deutlich, dass der palästinensische Terrorismus gegen Israel jenen der Al-Qaida gegen den Westen widerspiegeln. Da Syrien unter anderem auch Führungspersonen der Hamas beherbergte und die Hisbollah zu einem seiner engsten Verbündeten zählt, geriet das Regime Bashars in eine prekäre Situation (Beck 2005). Durch diverse Beschlüsse der US-Regierung landete Syrien schließlich auf der Liste der Achse des Bösen. Der Druck der internationalen Gemeinschaft verschärfte sich daraufhin zusehends.

Diese Hintergründe sind bei der Analyse dieser Hypothese insofern wichtig, als dass sie dem Regime immer wieder Möglichkeiten gaben, landesintern verbal gegen die USA und Israel zu schießen. Das Regime nutzte den Druck von Außen zum einen zu Propagandazwecken, zum anderen aber auch, um anhand dieser Ereignisse die nationale Verbundenheit zu stärken. Es wurde bereits ausführlich erläutert, dass über alle Konfessionsgruppen hinweg Einstimmigkeit bezüglich der anti-amerikanischen und anti-israelischen Politik des Regimes herrschte. Die Außenpolitik Syriens hatte über Jahrzehnte hinweg die zentrale herrschaftssichernde Funktion für das Regime. So spielte Syrien bis zum Ende des Kalten Krieges seine strategische Rolle in der Region aus. Auch im ersten Golfkrieg übte Syrien in effizienter Weise seine Rolle aus, indem es sich in die westliche Koalition zur Wiederher-

stellung der staatlichen Integrität Kuwaits einreichte und sogar mit Truppenunterstützung an militärischen Operationen teilnahm (Beck 2006). Dennoch reichten den USA solche moderaten Anpassungen nicht aus. Sie forderten sowohl einen drastischen außenpolitischen als auch einen innenpolitischen Wechsel in der syrischen Politik. Da das syrische Regime diese Forderungen nicht erfüllen wollte, verbesserten sich im Gegenzug seine Beziehungen mit dem Iran. Das Assad-Regime verkaufte seine außenpolitische Position und profitiert innenpolitisch davon. Das Regime verstand es, sich als letzter aufrechter „Frontstaat“ gegen Israel zu profilieren und dies auch innenpolitisch zu vermarkten (Wieland 2012: 83). Die Haltung gegen die USA und Israel wurde täglich sowohl in den staatlichen Medien als auch in den privaten Medien auf der ersten Seite, beziehungsweise zu Beginn der Nachrichten in den Vordergrund gestellt. Dies geschah vor allem in der parteieigenen Zeitung „Al-Baath“, der englischsprachigen „Syria Times“, die vom Regime kontrolliert wird, und der privaten Zeitung „Al-Watan“, welche die erste private Zeitung Syriens war und Bashars langjährigem Freund und Weggefährten Rami Machluf gehört. Alle drei zählen zu den meistgelesenen Zeitungen des Landes (Hermann 2011). Über diese Medien regulierte die syrische Regierung also das Framing und das Agenda-Setting und beeinflusste damit die politische Meinung des Volkes. Im Zuge der Demonstrationen wurde dies mehr als deutlich. Ab 2011 rief ein Chefredakteur beispielsweise alle Leser pathetisch dazu auf, den bewaffneten Gruppen der Opposition überall „auf der Straße, in den Moscheen, in Cafés, im Internet“ entgegenzutreten (Chimelli 2011).

Ganz gleich, was auf der Welt passiert war: Die syrische Regierung nutzte die Ereignisse, um sich zu profilieren und die innenpolitisch zweifelsohne vorhandenen Versäumnisse zu überdecken. In Kombination mit einem charismatischen, jungen Präsidenten, der zusätzlich noch das Image eines Reformers und Modernisierers genoss, war dies eine hoch effiziente Möglichkeit, das syrische Volk auf seine Seite zu ziehen. Die Betrachtung der sozialen Ungleichheit in der zweiten Hypothese und die Fallstudie haben deutlich aufgezeigt, dass innenpolitische Schwierigkeiten im Land durchaus vorhanden waren. Doch durch den omnipräsenten Sicherheitsapparat, der jede Kritik am Regime verhinderte und politische Kritiker verfolgte, war die Bevölkerung derartig eingeschüchtert, dass sie sich selbst in ihren eigenen vier Wänden nur selten traute, öffentlich ihre Meinung zu sagen. Dies erhöhte den Stellenwert der Außenpolitik umso mehr, als sie – und damit ist insbesondere die Beziehung zu den USA, dem Westen im Allgemeinen und Israel im Speziellen gemeint – die Bevölkerung ihre eigene Unfreiheit verdrängen ließ.

Die Syrer schrieben sich die vorgelebte Position der Regierung selbst auf die Brust und trugen sie mit Stolz nach außen. Der konfessionelle Frieden gab den Minderheiten zusätzlich ein wohliges Gefühl, insbesondere wenn sie in ihre von religiös motivierter Gewalt erschütterten Nachbarländer schauten. Zusammengenommen trug die Außenpolitik zumindest in Syrien dazu bei, klaffende innenpolitische Misswirtschaft und Ungerechtigkeit zu kaschieren. Dennoch gelang dies nur aufgrund der gegebenen Strukturen. Die

syrische Bevölkerung hätte ohne die Unterdrückung durch die Mukhabarat und mit freien Medien womöglich schon sehr viel früher eine ganz andere Sicht auf die Ereignisse im In- und Ausland gehabt. Daher lässt sich die Hypothese, dass die Außenpolitik als Ausgleich zur Innenpolitik verwendet werden kann, nur teilweise bestätigen. Zwar trug die Außenpolitik zur Festigung gemeinsamer nationaler Interessen und womöglich auch zur Wahrung des innenpolitischen Friedens bei, dennoch ist diese Hypothese in keiner Weise allgemein gültig. Auch in Europa und in den Vereinigten Staaten war eine außenpolitische Positionierung und Vermarktung dieser Position in der Vergangenheit ein probates Mittel, um Wählerstimmen zu gewinnen und innenpolitische Versäumnisse zumindest kurzzeitig zu unterdrücken. Langfristig ist eine solche Strategie allerdings wenig erfolgsversprechend. Zudem können sich die Bürger in den westlichen, demokratisch strukturierten Zivilisationen ohne jede Unterdrückung ihre eigene Meinung bilden und dabei unter verschiedenen Informationsanbietern wählen.

3.5 Fünfte Annahme

Substantive wie Diversität, Aufspaltung und Heterogenität dominieren den Diskurs um die Revolutionsgruppen. Ob die Islamisierung der Protestbewegung eine Konsequenz aus der Diversität der Oppositionsziele ist, soll im Folgenden überprüft werden. Deshalb lautet die fünfte Annahme: „Je größer die Diversität der Ziele einer Protestbewegung, desto mehr spielen ethnische, kulturelle und religiöse Faktoren bei der Bildung einer gemeinsamen Identität eine Rolle.“

Die Haupte Erwartung an die Opposition war von den Regimekritikern insbesondere, dass sie nach dem Sturz des Assad-Regimes geschlossen und einig bereitsteht, um den Übergangsprozess zu organisieren. Jeder in Syrien, sowohl die Großmächte aus dem Ausland als auch die syrische Bevölkerung, wollte das Entstehen eines möglichen Machtvakuumms im Land verhindern, um politisches Chaos und die Ausnutzung dessen durch extremistische Gruppen in Form einer möglichen Ergreifung der Regierungsgewalt durch sie zu verhindern. Schon Jahre vor dem Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ hatte es immer wieder fehlgeschlagene Versuche gegeben, die Opposition zu einen. Nach Beginn des Aufstands erwies sich dieser Prozess weiterhin als mühsames Unterfangen, da die Ansichten über die Zukunft des Landes weit auseinander gingen.

Daher gründeten sich in der Folge einige Komitees, sowohl mit Unterstützung aus dem Ausland als auch komplett inländisch organisierte und aufgebaute Komitees. Diese Komitees und viele andere Gruppen, die aus den Anfängen der Revolution hervorgegangen sind, hatten zu Beginn in der Mehrheit einen säkularen Charakter. Sie sahen jedoch nahezu alle tatenlos zu, als es zu einer immer stärkeren „Islamisierung“ innerhalb dieser Gruppen kam. Sie freuten sich über jede Unterstützung im Kampf gegen das Regime, ohne

potenzielle Konsequenzen zu hinterfragen (Hissou 2014). Mögliche Ursachen für die Islamisierung gibt es einige. Diese Hypothese behauptet, dass die verschiedenen Interessen der einzelnen Gruppen so weit auseinander gegangen sind, dass es am Ende nur eine einzige große Gemeinsamkeit gab: der hauptsächlich sunnitische Glaube in der syrischen Bevölkerung.

Schon die Analyse der vierten Annahme hat deutlich aufgezeigt, dass es eine klare Machtasymmetrie in der syrischen Führungsriege gab, die nicht zugunsten der eigentlichen Mehrheit, sondern im Gegenteil zu ihren Lasten ausgeprägt war. Erinnerung sei an die Tendenzen zur Unterdrückung sunnitischer Bürger im Zuge der harten Gangart des Regimes gegen die sunnitische Muslimbruderschaft. Zusammengenommen liegt die Vermutung nahe, dass sich die Sunniten in ihrem Glauben diskriminiert fühlten, zumal sie in der Zeit vor den Assads einen gewaltigen Machtanspruch verwirklichen konnten. Diese jahrzehntelange Unterdrückung der Sunniten hat die Ausbildung einer nationalen Identität blockiert, wenn nicht gänzlich verhindert.

Die Realität entsteht dem Konstruktivismus zufolge aus der Interaktion vieler Menschen innerhalb gegebener sozialer Strukturen einer Gesellschaft. Aus dieser Tatsache geht bereits hervor, warum ein großer Teil der Christen und Alawiten im Land sich von den Aufständen ferngehalten hat. Die Wahrnehmung der Realität der Minderheiten im Land schien eine gänzlich andere zu sein als die des großen Teils der Bevölkerung. Dies wurde zum einen in den unterschiedlichen Lebensstandards deutlich, vor allem aber in der Politik. Die Führungsriege repräsentierte nicht ansatzweise die Zusammensetzung der Bevölkerung. Mächtige Positionen und einflussreiche Ämter wurden in der Regel von Alawiten besetzt. Die Christen hatten ebenfalls einen hohen Stellenwert für die Regierung und schätzten den alltäglichen Frieden und die Freiheit, die für sie in Syrien einmalig waren. Insbesondere der Blick auf die Nachbarstaaten und den Umgang mit den Christen in diesen Ländern war Balsam für die syrische Regierung, da die Christen eine sehr enge Bindung zum Regime entwickelten.

Unter den Minderheiten kann man also von einer ähnlichen Wahrnehmung der Realität sprechen. Aufgrund der jahrzehntelangen erfolgreichen Unterdrückung jeder Form von Widerstand gegen das Regime gehörte es zu der Realität der Syrer, über ihre Unzufriedenheit zu schweigen. Nach der erfolgreichen Auflehnung gegen die Mächtigen in Tunesien und insbesondere dem sehr stark sunnitisch geprägten Ägypten bemerkten sie, dass sich diese Realität verändert haben könnte. Durch eine Aneinanderreihung verschiedener Ereignisse und Entwicklungen, die mit der Revolution im Zusammenhang standen, änderten sich nicht nur die Wahrnehmung ihrer Realität, sondern damit einhergehend auch ihre Möglichkeiten. Dabei könnte der Glaube insofern eine Rolle gespielt haben, als die Opposition in sich sehr gespalten war. Neben dem geeinten Ziel, Assad loszuwerden, war der größte gemeinsame Nenner eben der Glaube. Dieser könnte der Opposition eine gemein-

same Grundlage gegeben haben, mit der sie sich von dem Regime und seinen Unterstützern abheben konnte. Das von allen geliebte und gelebte säkulare System ist aufgrund der Unterdrückung der Geheimdienste an der Schaffung einer gemeinsamen Identität gescheitert. Die radikalen Rebellen Gruppen konnten dies als Nahrung für eine weitere Islamisierung nutzen. So lässt sich diese Annahme zumindest bedingt erklären. Dennoch liegt die Kernursache dafür, dass religiöse Bewegungen eine immer größere Rolle bei den Oppositionellen gespielt haben, sicherlich nicht nur darin. Schließlich sind unter den Oppositionsgruppen nach wie vor Christen und andere Religionszugehörige. Umgekehrt gibt es auch Sunniten, die vom Assad-Regime persönlich finanziell profitieren und sich der Oppositionsbewegung nicht angeschlossen haben.

3.6 Sechste Annahme

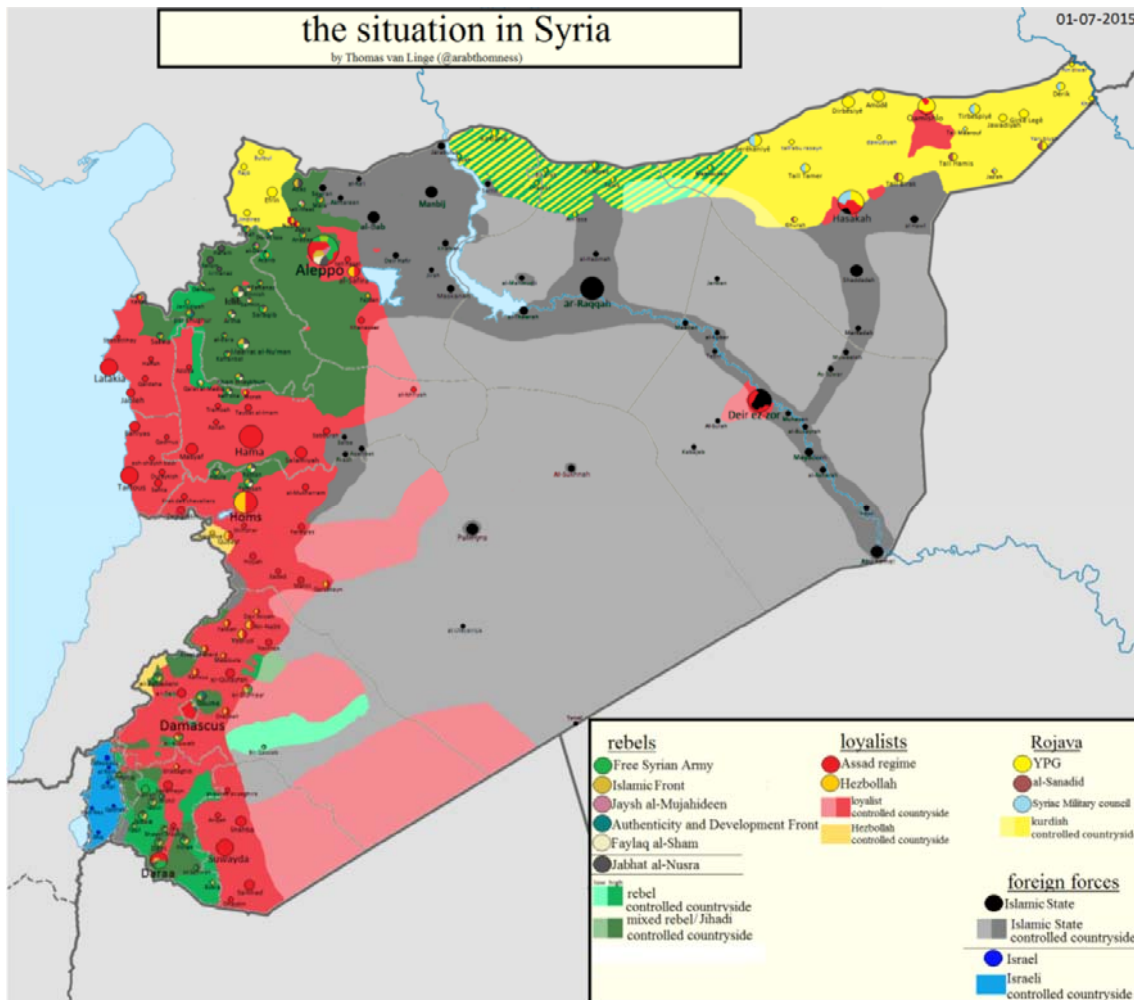
In der Fallstudie wurde bereits eine der wesentlichen Oppositionsgruppen, die „Freie Syrische Armee“, vorgestellt. Es wurde in dem Zusammenhang auch beschrieben, dass die Radikalisierung der Opposition damit zusammengehangen haben könnte, dass ebendiese Gruppe nach der Vertreibung der syrischen Regierungstruppen aus Aleppo daran gescheitert ist, die grundlegende Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Der zeitnahe Eingriff finanziell starker sunnitischer Hilfsorganisationen, welche dieses Machtvakuum nutzten, um das Volk zu versorgen und damit ihre Ideologie zu verbreiten, wurde als eine Ursache für die Radikalisierung bezeichnet. Deshalb lautet die sechste Annahme: „Scheitern bei einer Revolution die bestimmenden Gruppen bei der Aufrechterhaltung einer Grundstruktur für die Bevölkerung, schließen sich die Menschen derjenigen Gruppe an, die ihre grundlegenden Bedürfnisse am ehesten befriedigt.“

Unter „bestimmenden Gruppen“ sind hier jene Gruppen gemeint, die im Zuge der Revolution den größten Einfluss im Land gewinnen konnten. Eine der nach wie vor einflussreichsten Gruppen ist immer noch das Assad-Regime und das syrische Militär. Trotz vieler Desertationen und großem Flächenverlust im Land ist die syrische Regierung noch weit davon entfernt, gestürzt zu werden. Zusätzlich wird sie vom Iran und von Russland militärisch und infrastrukturell unterstützt. Die zweite mächtige Revolutionsgruppe ist die FSA. Ihren ursprünglich säkularen Hintergrund versucht sie sich zwar bis heute zu erhalten, dennoch ist auffällig, dass gerade in den von ihr besetzten Gebieten Radikalisierungsprozesse festzustellen sind. Viele der einst von ihr besetzten Gebiete, unter anderem große Flächen vor der Handelsmetropole Aleppo, sind mittlerweile fest in der Hand radikaler Kräfte wie der Jabhat-Al-Nusra Front oder des IS.

Abbildung 6 (S. 52) zeigt, welche Gruppen 2015 in welchen Gebieten die Kontrolle hatten. Die hell- und dunkelgrauen Flächen kennzeichnen jene Gebiete, die von ausländischen Kräften (darunter der IS) besetzt sind. Die roten und hellroten Flächen kennzeichnen die

von der Regierung und der Regierung nahestehenden Gruppen besetzten Gebiete. Die hell- und dunkelgrünen Gebiete repräsentieren die von inländischen Oppositionellen kontrollierten Gebiete. Gelb hinterlegte Gebiete werden von den Kurden kontrolliert.

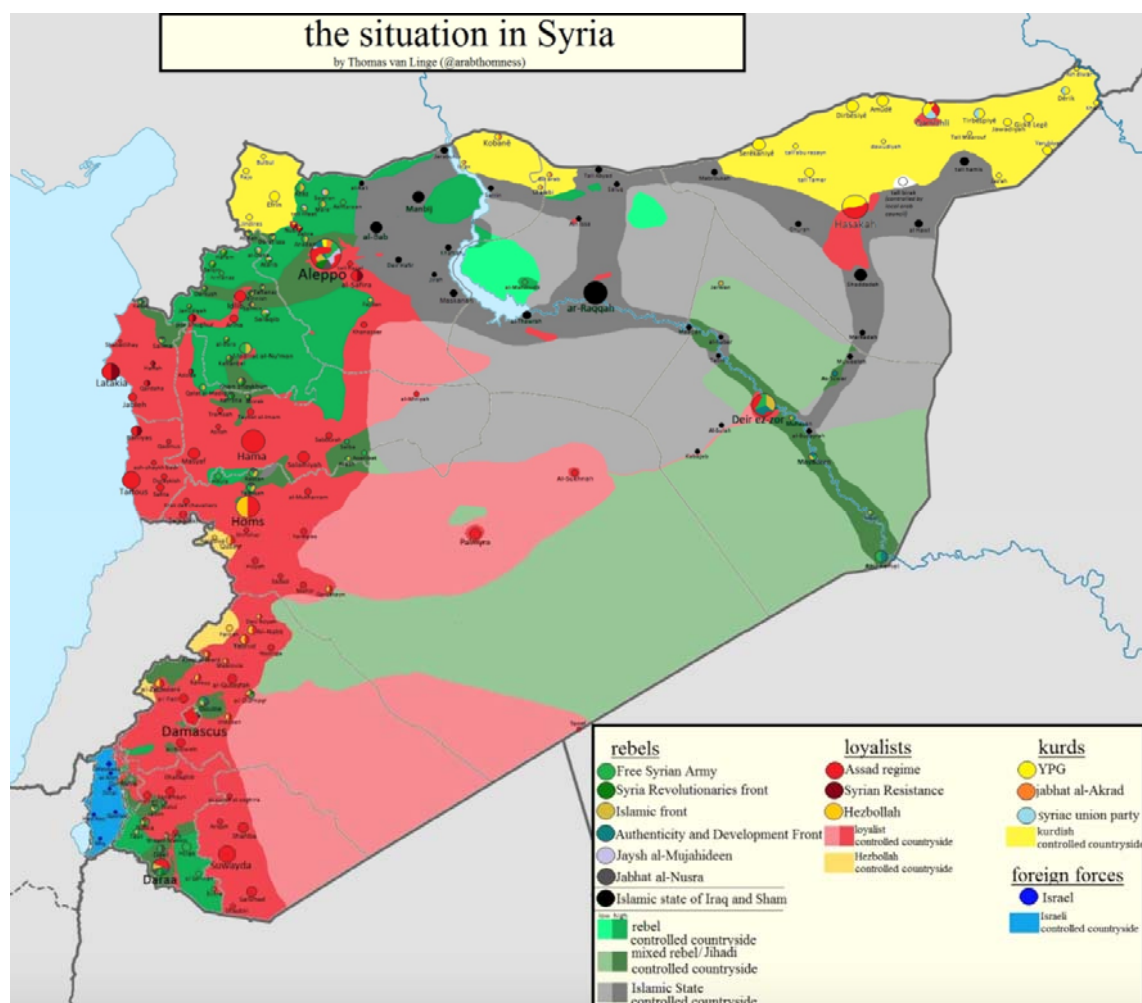
Abb. 6: Kontrollierte Gebiete in Syrien im Jahr 2015



Auffällig ist, dass flächenmäßig mehr als die Hälfte des Landes von sogenannten „Foreign Forces“ besetzt ist. Dabei ist der IS der mit überwältigendem Abstand größte Invasor aus dem Ausland. Zwar haben sich sehr viele Syrer dem selbsternannten „Islamischen Staat“ angeschlossen, dennoch ist die Ideologie des Abu Bakr Al-Baghdhadi ein Ableger der radikalislamistischen Al-Qaida (Keppel; Milelli 2006). Dabei ist auffällig, dass unter das kontrollierte Gebiet des IS auch einige große Städte des Landes fallen. So steht der IS kurz davor, die Regierungstruppen vollständig aus der ostsyrischen Stadt Deir-Al-Zur zu vertreiben. Auch die Stadt Rakka ist komplett in der Hand des IS. Zwar sind diese beiden Städte groß und ihre Eroberung durch den IS ist beachtlich, dennoch muss festgehalten werden, dass es dem IS bis dato nicht gelungen ist, die strategisch wichtigsten

Städte des Landes für sich zu gewinnen. Gerade im Umland der umkämpften Handelsmetropole Aleppo liefert sich die Terrormiliz aber intensive Kämpfe sowohl mit der säkularen Opposition als auch mit den Truppen der Regierung. Betrachtet man den flächenmäßigen Einfluss der inländischen Opposition, fällt ein Aspekt besonders ins Auge. Die einzige Gruppe, die einen nennenswerten Einfluss in Syrien hat, ist die „Freie Syrische Armee“. Dies liegt daran, dass sie in weiten Teilen der Bevölkerung sehr beliebt ist. Zum ersten Juli 2015 besetzte sie vor allem Gebiete südlich und teilweise westlich des umkämpften Aleppo. Auch um Daraa, den Ausgangsort der Revolution, herum kontrolliert die FSA weite Teile des ländlichen Raumes.

Abb. 7: Kontrollierte Gebiete in Syrien im Jahr 2014



Betrachtet man den Einfluss der inländischen Rebellen ein Jahr zuvor, sieht man, dass sie große Gebiete verloren haben (Abb. 7). Ihre Präsenz im Umland Aleppos ist zwar immer noch stark, dennoch hat die inländische Opposition im März 2014 an Einfluss eingebüßt. Deutlich ist, wie sehr die FSA unter der verstärkten Präsenz des IS gelitten hat. Dies liegt

daran, dass die säkularen Oppositionellen sowohl gegen den IS als auch gegen die Armee des Regimes kämpfen. Mit dem wachsenden Einfluss des IS sinkt nicht in erster Linie der Einfluss der Regierung, sondern der Einfluss der FSA und anderer inländischer und auch säkularer Oppositionskräfte. Dahingegen bleibt der Einfluss der Regierung insofern stabil, als sie immer noch den Stadtkern von Damaskus kontrolliert. Im Umland der Hauptstadt verzeichnet sie aber große Verluste.

Der Eindruck der Karten täuscht allerdings etwas. So ist zuletzt vor allem mit der Eroberung der Stadt Idlib der Einfluss der säkularen Kräfte wieder gestiegen. Auch in Daraa hat die Regierung viele Gebiete verloren. Der IS hat sowohl in Syrien als auch im Irak große Verluste hinnehmen müssen. Dennoch zeigen beide Karten sehr deutlich, dass die ausländischen Kräfte vom Einfluss her viel stärker sind als die FSA. Die Unterlegenheit der inländischen Opposition könnte auch daher rühren, dass sie nicht über eine ähnlich finanzstarke Unterstützung verfügt wie die Regierungstruppen und die radikalislamischen Truppen. Letztere werden zum Teil aus dem Ausland finanziert, finanzieren sich zusätzlich aber auch selber durch Lösegelder, Besteuerung in ihren besetzten Gebieten und die Erdölressourcen der besetzten Flächen. Deir-Al-Zur und Rakka sind die ölreichsten Quellen des Landes (Bickel 2014). Medienberichten zufolge kommt die finanzstarke Unterstützung für die vor allem islamistische Opposition insbesondere aus den Golfstaaten und Qatar. Diesen Berichten nach kaufte selbst das syrische Regime Erdöl beim IS. Interessanterweise ist der Vermittler dieser Ölgeschäfte ein Christ namens George Hassouani (Emmot 2015). Der arabischen Nachrichtenseite „orientnews.net“ zufolge wurde über diesen Mann ein Einreiseverbot in die Europäische Union verhängt. Es ist bei der Untersuchung der syrischen Revolution allerdings generell nahezu unmöglich, die tatsächlichen Hintergründe und Beweggründe für Ereignisse umfassend zu erfassen.

Als die FSA die Truppen der Regierung 2012 zu einem großen Teil vertrieben hatte, entstand ein Machtvakuum. Zwar verfügt die FSA aufgrund der zahlreichen Deserteure aus dem syrischen Militär über ein großes militärisches Know-how, doch die Kenntnisse darüber, wie die Grundbedürfnisse der ansässigen Bevölkerung sichergestellt werden konnten, waren nicht vorhanden. Auch die FSA wurde im Zuge dessen von zahlreichen sunnitischen Hilfsorganisationen unterstützt. Diese kamen – wie die angeblichen Unterstützer des IS – aus Qatar, den Golfstaaten und der Türkei. Hinlänglich bekannt ist, dass Qatar die Unruhen in den arabischen Ländern nutzt, um sich international zu profilieren. Die finanzielle Macht des rund 400.000 Menschen beherbergenden Staates erklärt jedenfalls, woher der Staat seine finanziellen Ressourcen für die Unterstützung der Menschen in Syrien und das Einschleusen sunnitischer Hilfsorganisationen nimmt.

Die Ausnutzung des Machtvakuum und die Unterstützung von islamistisch-geprägten Organisationen war auch bei den Protesten in Ägypten zu beobachten. Die große Beliebtheit der Muslimbrüder rührte insbesondere daher, dass sie die Bevölkerung in Ägypten

stets in ihrer Grundversorgung unterstützt hatten, obwohl sie seit der Machtergreifung von Jamal Abdul Nasser 1956 über Anwar Al Saddat bis hin zu Hosni Mubarak unterdrückt worden waren. Die Unterstützung für die Muslimbrüder kam auch aus dem Ausland, insbesondere aus Saudi-Arabien. Die Beliebtheit im Volk und die vergleichsweise gute Versorgung machten das Volk anfällig für die Ideologien der Prediger, die mit diesen Organisationen in Verbindung standen. Aus ähnlichen Gründen war die Terrororganisation Al-Qaida in Afghanistan derartig populär. Die radikalen Ideologien, die sich über Afghanistan schnell ausgebreitet haben, waren eine Konsequenz aus der Armut der Bevölkerung und der Fähigkeit der jeweiligen Organisation, diese zu lindern. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Situation der Opposition, insbesondere der FSA, aber auch anderer säkularer Kräfte erklären. Sie sind auf solch radikale Organisationen in vielerlei Hinsicht angewiesen, wenn sie im Kampf um Syrien weiterhin Einfluss haben möchten. Auch vor diesem Hintergrund kämpft die FSA gemeinsam mit dem Al-Qaida Ablegern Al-Nusra gegen die Truppen der Regierung.

Auch die Al-Nusra Front wird aus dem Ausland finanziert und war die erste islamische Organisation, die das Machtvakuum in Aleppo zu ihren Zwecken nutzen konnte. Selbst innerhalb der säkularen Opposition gelten den Anhängern der Jabhat-Al-Nusra sehr viele Sympathien. Wie schizophren die ganze Situation ist, wird anhand der Tatsache deutlich, dass sich die FSA und IS genauso verfeindet gegenüber stehen wie die FSA und das syrische Regime. Dennoch lässt sich anhand der Analyse erkennen, dass wegen der infrastrukturellen, aber auch der teilweise militärischen Abhängigkeit von islamistischen Truppen diese ihren Einfluss im Land konstant aufbauen oder zumindest halten können. Die sechste Teilhypothese darf damit als bestätigt gelten. Zum einen, weil die Prozesse in Syrien sehr stark dafür sprechen, dass islamische Organisationen die Bedürftigkeit der Bevölkerung für ihre Zwecke nutzen konnten, zum anderen, weil verschiedene Beispiele aus verschiedenen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten ähnliche Prozesse aufgezeigt haben.

4. Überprüfung der Grundannahme und Schlussfolgerung

Zunächst wurden die grundlegenden Dynamiken des Aufstands, seine Ursprünge und seine Entwicklungen beleuchtet. Die sechs Annahmen haben diese Aufgabe übernommen und einzelne Aspekte der syrischen Situation zusammengefasst. Ihre Ergebnisse haben die Bedeutung der Aufstände in den benachbarten Staaten, die sozioökonomischen Hintergründe im Land, die syrische Führungsriege, die Politik des Assad-Regimes, die Bedeutung des islamischen Glaubens innerhalb der Opposition und die Ursachen für die Islamisierung beleuchtet. All diese Aspekte sind essenziell, wenn man verstehen möchte, wie sich die Lage in Syrien entwickelt hat und was mit dem Begriff der „ignorierten Revolution“ überhaupt gemeint ist.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die These der „Ignorierten Revolution“ angenommen werden kann, da die Untersuchung der Teilhypothesen mit starker Tendenz ihre Annahme nahelegt. Außerdem haben sowohl die Analyse als auch die in der Fallstudie erwähnten Hintergründe zu dem Ergebnis geführt, dass die Revolution in Syrien mit fortschreitender Gewalt immer mehr an Bedeutung verloren hat. Aus ihr erwuchs stattdessen ein Bürgerkrieg, der heute seinen Höhepunkt in einem Glaubenskrieg gefunden hat. Im Ergebnis sind die ursprünglich revolutionären Intentionen der zunächst friedlichen und säkularen Akteure mit dem Fortschreiten der Aufstände und dem Beginn des Bürgerkriegs immer mehr aus dem Diskurs verschwunden. Die Revolution, die einst die Absetzung Assads zum Ziel hatte, ist in einen religiös motivierten Krieg um Macht, Einfluss, Ideologie und die Interessen verschiedener interner und externer Akteure eskaliert. Im Zuge dieses Prozesses sind die ursprünglichen Forderungen nach Gerechtigkeit, einem Abbau der Überwachungssysteme des Staates, der ökonomischen Ungleichheit im Land und einem humanen, menschenwürdigen Leben für alle radikalen Ideologien und dem Drang nach Macht der einzelnen Parteien gewichen. Vor diesem Hintergrund wird die Kernfrage mit einem eindeutigen Ja beantwortet. Es handelt sich bei der syrischen Revolution um eine „ignorierte Revolution“.

5. Literaturverzeichnis

Alle zitierten Internetseiten, sofern nicht anders vermerkt, zuletzt aufgerufen am 21.07.2015.

- Abdelrahman, Maha (2002): The Politics of „UnCivil“ Society in Egypt. In: Review of African Political Economy, 29 (2012), 21-35.
- Al Hayat (1970): Tageszeitung am 12.04.1970.
- Al Hayat (2003): Tageszeitung am 28.07.2003.
- Al Jazeera (2011): Syria sends army reinforcements into Deraa. Text abrufbar unter: <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2011/04/2011427142619235903.html>
- Al Jazeera (2012a): Iraqi Kurds train their Syrian brethren. Text abrufbar unter: <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2012/07/201272393251722498.html>
- Al Jazeera (2012b): Assad says Syria „able“ to get out of crisis. Text abrufbar unter: <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2012/05/2012524113941282101.html>
- Amtsblatt der Europäischen Union (2012): Durchführungsbeschluss 2012/172/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2011/782/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Syrien.
- Anderson, Jon Lee (2012): The Implosion. On the front lines of a burgeoning civil war. In: The New Yorker am 27.02.2012. Text abrufbar unter: <http://www.newyorker.com/magazine/2012/02/27/the-implosion>
- Armbruster, Jörg (2011): Der arabische Frühling – Als die islamische Jugend begann, die Welt zu verändern. Frankfurt a. M.: Westend Verlag.
- Asseburg, Muriel/Wimmen, Heiko (2012): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien. Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft. In: SWP-Aktuell (12/2012). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, im Februar 2012. Text abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A12_ass_wmm.pdf
- Auswärtiges Amt (2010): Grundlinien der Wirtschaftspolitik. Text abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Syrien/Wirtschaft_node.html
- Auswärtiges Amt (2010): Wirtschaftsdatenblatt Arabische Republik Syrien. Abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_2D791A2A80AC5D67FA578954FB10AD14/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Syrien/Wirtschaftsdatenblatt_node.html
- Auswärtiges Amt (2013): Deutschland unterstützt die syrische Opposition. Text abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Syrien/130711_Verbindungsbc3%BCro-syrische-Opposition.html
- Badran, Tony (2014): Who is George Haswani : the link between Assad and the Islamic State. In: All4Syria selected articles from intl media am 07.09.2014. Abrufbar unter: <http://www.all4syria.info/Archive/category/en>
- Bank, André/Harders, Cilja (2008): Irak-Effekte: Regionale Neuordnung, translokale Mobilität und Flüchtlingskrise im Nahen Osten. In: Leviathan (36), 411-429.
- Bank, André/Mohns, Eric (2013): Die syrische Revolte. In: Jünemann, Annette/Zorob, Anja (Hrsg.): Arabellions – Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bar, Shmuel (2006): Bashar's Syria: The Regime and its Strategic Worldview. In: Comparative Strategy, 25 (2006), 379. Text abrufbar unter: http://www.herzliyaconference.org/_uploads/2590bashars.pdf
- Bawey, Ben (2013): Syriens Kampf um die Golanhöhen: Mit einer ersten Betrachtung zum Bürgerkrieg. Münster: LIT Verlag.
- BBC News (2011a): Syria unrest: Shooting erupts in seaport of Baniyas. In: BBC News Middle East am 10.04.2011. Text abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-13029631>

- BBC News (2011b): Syria: Clashes at mass Damascus protest. In: BBC News Middle East am 15.04.2011. Text abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-13097926>
- BBC News (2011c): Huge Damascus rally backs President Bashar al-Assad. In: BBC News Middle East am 12.10.2011. Text abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-15271764>
- Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo (1987): *The rentier state. Nation, State and Integration in the Arab world.* London: Croom Helm.
- Beck, Martin (2005): Von der Dynastisierung zur Demokratisierung von Herrschaft im Vorderen Orient? In: Fähndrich, Hartmut (Hrsg.): *Vererbte Macht. Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt.* Frankfurt a. M.: Campus.
- Beck, Martin (2006): „Pariastaat“ Syrien: Zwischen externem Druck und internem Beharrungsvermögen. In: GIGA Focus Nahost, (07) 2006. Hamburg: GIGA.
- Beckenbach, Niels/Klotter, Christoph (2014): Das Böse und die Souveränität. In: Beckenbach, Niels/Klotter, Christoph: *Gleichheit und Souveränität.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 171-194.
- Bellin, Eva (2004): The Robustness of Authoritarianism in the Middle East. Exceptionalism in Coparative Perspective. In: *Comparative Politics*, 36 (2004), 139-157.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1980): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit.* Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch GmbH.
- Bickel, Marius (2014): Syrische Ölquellen in der Hand der Dschihadisten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Terrorgruppe Islamischer Staat am 04.07.2014. Text abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/terror-gruppe-islamischer-staat-syrische-oelquellen-in-der-hand-der-dschihadisten-13027687.html>
- Bill, James/Springborg, Robert (1994): *Politics of the Middle East.* New York: Longman.
- Bromley, Simon (1994): *Rethinking Middle East Politics.* Austin: University of Texas Press.
- Büchs, Annette (2012): Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbruderschaft und der Salafisten. In: GIGA Focus Nahost, (1). Hamburg: GIGA. Text abrufbar unter: http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1201.pdf
- Buck, Joan Juliet (2013): Asma al-Assad: A Rose in the Desert. In: Gawker am 9/06/13. Text abrufbar unter: <http://gawker.com/asma-al-assad-a-rose-in-the-desert-1265002284>
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2015): Definition Rohe Geburtenrate. Abrufbar unter: http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/R/rohe_geburtenziffer.html
- Chimelli, Rudolph (2011): In den Fängen des Assad-Clans. In: Süddeutsche am 15.04.2011. Text abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/syrien-in-den-faengen-des-assad-clans-1.1085541>
- Collin, Finn (2008): *Konstruktivismus für Einsteiger.* Paderborn: Wilhelm Fink GmbH und Co. Verlags-KG.
- Der Standard (2011): Mindestens 24 Tote bei Demonstrationen. In: *derStandard.at* am 30.04.2011. Text abrufbar unter: <http://derstandard.at/1303950488825/Freitag-Mindestens-24-Tote-bei-Demonstrationen>
- Deutsche Botschaft Damaskus (2010): *Wirtschaftsnewsletter Syrien* am 06.06.2010. Abrufbar unter: www.damas-kus.diplo.de
- Die Welt (2015): Rebellen erobern Weltkulturerbe in Bosra. In: *Politik* am 25.03.2015. Abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article138762312/Rebellen-erobern-Weltkulturerbe-in-Bosra.html>
- Drysdale, Alasdair/Gerald H. Blake (1985): *The Middle East and North Africa: A Political Geography.* Oxford: Oxford University Press.
- Drysdale, Alasdair (1985): The Succession Question in Syria. In: *Middle East Journal*, 39 (2), 246-257.
- Eckstein, Harry (1991): *Regarding Politics. Essays on Political Theory, Stability and Change.* Berkely: University of California Press.

- Elger, Ralf/Stolleis, Friederike (Hrsg.) (2008): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte – Alltag – Kultur. München: C. H. Beck.
- Emmot, Robin (2015): EU accuses Syrian man of buying IS oil for govt; he denies charge. In: Reuters Online World am 08.03.2015. Text abrufbar unter: <http://www.reuters.com/article/2015/03/08/us-syria-crisis-eu-idUSKBN0M40EQ20150308>
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf (2006): Neopatrimonialism Revisited: Beyond a Catch-All Concept. In: GIGA Working Paper 16. Hamburg: GIGA. Text abrufbar unter: http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/wp_16_erdmann-engel.pdf
- Fayad, Ibrahim (2012): Revolution im Netz – der Einfluss von Facebook, Twitter und Co. auf Gesellschaft, Politik und Journalismus in Syrien. In: m100potsdam.de
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2011): Bashar Al-Assad oder das Chaos? In Syrien geht das Ringen zwischen Protestbewegung und Regime weiter. Text abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08134.pdf>
- Gehrcke, Wolfgang/Reymann, Christiane (Hrsg.) (2013): Syrien: wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert. Köln: Papyrossa-Verlag.
- George, Alan (2003): Syria: Neither Bread nor Freedom. London: Zed Books Ltd.
- Gerlach, Julia (2011): Wir wollen Freiheit! Der Aufstand der arabischen Jugend. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.
- Gronholtz, Matthias (2013): Kulturelle Globalisierung und internationale Kooperation. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haddad, Bassam (2011): Why Syria is not next ... so far. Jadaliyya. Text abrufbar unter: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/844/why-syria-is-not-next>
- Hahn, Isabell (2009): Klimawandel und Tourismus im Mittelmeerraum: Mitigations- und Adaptionstrategien für Reiseveranstalter. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Halpern, Micah (2015): Is Putin Cutting And Running From Assad's Syria? The Russians are leaving Assad in the lurch. Iran may be next. In: Observer am 06.05.2015. Text abrufbar unter: <http://observer.com/2015/06/is-putin-cutting-and-running-from-assads-syria/>
- Henry, Clement M./Springborg, R. (2001): Globalization and the Politics of Development in the Middle East. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hermann, Rainer (2011): Der reichste Mann Syriens. Saulus bleibt Saulus. In: Frankfurter Allgemeine am 17.06.2011. Text abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/der-reichste-mann-syriens-saulus-bleibt-saulus-1653544.html>
- Herrmann, Rainer (2012): Eine neue Koalition gegen Assad. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung am 12.11.2012. Text abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/syrien-eine-neue-koalition-gegen-assad-11958470.html>
- Hissou, Ahmad (2014): Syrien: Die ignorierte Revolution – Ein Erklärungsversuch. In: Zentrum für Außen- und Sicherheitspolitik (7), 159-174.
- Holliday, Joseph (2012): Syria's armed opposition. In: Middle East Security Report (3). Washington: ISW.
- Huntington, Samuel P. (1996): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. New York: Simon & Schuster.
- Ismail, Salwa (2009): Changing Social Structure, Shifting Alliances and Authoritarianism in Syria. In: Lawson, Fred H. (Hrsg.): Demystifying Syria. London: Saqi Press, 13-28.
- Jünemann, Annette/Zorob, Anja (2013): Arabellions – Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Keppel, Gilles/Milelli, Jean-Pierre (2006): Al-Qaida. München: Piper Verlag.

- Kreitmeyr, Nadine/Matzke, Torsten/Schlumberger, Oliver (2013): Arabische Revolten und politische Herrschaft: Wie überlebensfähig sind Autokratien im Vorderen Orient? In: Schneiders, Torsten G. (Hrsg.): Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 33-64.
- Langohr, Vickie (2004): Too Much Civil Society, Too Little Politics: Egypt and Liberalizing arab Regimes. In: *Comperative Politics*, 36 (2004), 81-204.
- Leukefeld, Karin (2013): Der Aufstand hat eine Vorgeschichte, sozialökonomisch und politisch. In: Gehrcke, Wolfgang/Reymann, Christiane (Hrsg.): Syien: wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert. Köln: Papyrossa-Verlag, 23-32.
- Lesch, David W. (2005): *The New Lion of Damascus: Bashar al-Asad and Modern Syria*. Bury St. Edmunds: St Edmundsbury Press Ltd.
- Leverett, Flynt (2005): *Inheriting Syria. Bashar's Trial by Fire*. Washington: The Brookings Institution.
- Lobmeyer, Hans Günter (1995): *Opposition und Widerstand in Syrien*. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Lüders, Michael (2011): *Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt*. München: C. H. Beck Verlag.
- Marsing, Stephanie (2012): *Elitenwandel in Syrien: Wie Bashar al-Assad sein Image als Reformier verspielte*. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Mirengoff, Paul (2014): *The ISIS-Assad Alliance*. Powerline.de am 15.07.2014. Text abrufbar unter: <http://www.powerlineblog.com/archives/2014/07/the-isis-assad-alliance.php>
- Mohamed, Rasha (2011): *Das Programm „Gesunde Dörfer“ in Syrien – eine empirische Analyse – Dissertation*. Universität Potsdam.
- Mohns, Erik/Cavatorta, Francesco (2010): „Yes, he can.“ A reappraisal of Syrian foreign under Bashar al-Asad. In: *Mediterranean Politics*, 15 (2), 289-298.
- Pan, Esther (2012): *Syria's Leaders*. In: Council on Foreign Relations am 02.07.2012. Text abrufbar unter: <http://www.cfr.org/syria/syrias-leaders/p9085>
- Pawelka, Peter (1985): *Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten*. Heidelberg: Müller.
- Perthes, Volker (1990): *Staat und Gesellschaft in Syrien 1970-1989*. Hamburg: Deutsches Orient Institut.
- Perthes, Volker (2002): *Geheime Gärten. Die neue arabische Welt*. Berlin: Siedler. In: als Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 477, Bonn 2005: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Programme Coordination & Support Unit-PCSU (2011): *UNRWA Statistics 2010*. Text abrufbar unter: <http://www.unrwa.org/userfiles/2011120434013.pdf>
- Quides, Ismael (2009): *Le massacre de Hama – février 1982*. In: Online Encyclopedia of Mass Violence. Text abrufbar unter: http://www.massviolence.org/fr/PdfVersion?id_article=139
- Radwan, Samir (2009): *Arab Youth Employment: Economic, Social and Institutional Exclusion*, Beirut: ESCWA, Table 3.
- Rathmell, Andrew (1996): *The changing military balance in the Gulf*. In: RUSI Whitehall paper series, 38, 9-23.
- Relotius, Claas (2012): *Baschar ist eine Marionette*. In: Die Weltwoche (21/2012). Text abrufbar unter: <http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2012-21/baschar-ist-eine-marionette-die-weltwoche-ausgabe-212012.html>
- Rosiny, Stephan (2011): *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*. In: GIGA Focus Nahost, (12) 2011. Hamburg: GIGA.
- Rosiny, Stephan (2013): *Syrien: Vom Bürgerkrieg zum regionalen Flächenbrand?* In: GIGA Focus Nahost, (08). Hamburg: GIGA. Text abrufbar unter http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1308.pdf
- Rosiny, Stephan (2014): *„Des Kalifen neue Kleider“: Der Islamische Staat in Irak und Syrien*. In: GIGA Focus Nahost, (06). Hamburg: GIGA. Text abrufbar unter: http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1406.pdf

- Saldaña, Stephanie (2010): *Das Brot der Engel – Ein Jahr in Damaskus*. München: Irisiana.
- Satouf, Hussien (2007): *Arbeitslosigkeit in Syrien*. Damaskus-Universität.
- Scharfenort, Nadine (2013): Herrschaftswechsel in Katar – gleicher Kurs oder neue Wege? In: *GIGA Focus Nahost*, (07). Hamburg: GIGA.
- Scharpf, Adam/Schneider, Gerald/Nöh, Anna/Clauset, Aaron (2013): Die Blutspur des Vetos : Eine Prognose zur Gefahr von extremen Massakern in Syrien. In: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, 2 (01), 6-31.
- Schimmelfennig, Frank (2008): *Internationale Politik*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG
- Schlesier, Vanessa (2013): *Der Bürgerkrieg in Syrien begann mit diesem Jungen*. WeltN24 GmbH. Text abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article119580585/Der-Buergerkrieg-in-Syrien-begann-mit-diesem-Jungen.html>
- Schlumberger, Oliver (Hrsg.) (2007): *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*. Stanford: Stanford University Press.
- Schlumberger, Oliver (2008): *Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*. Baden-Baden: Nomos.
- Schlumberger, Oliver (2010): *Opening Old Bottles in Search of New Wine: On Nondemocratic Legitimacy in the Middle East*. In: *Middle East Critique*, 19 (2010), 233-250.
- Schlumberger, Oliver (2012): *Der „Arabische Frühling“ und das Versagen westlicher Außenpolitik. Eine Fata Morgana „politischer Stabilität“*. In: *Bürger im Staat*, 1 (2012), 88-97.
- Schmidt, Claudia (1991): *Das Konzept des Rentierstaates. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma zur Analyse von Entwicklungsgesellschaften und seine Bedeutung für den Vorderen Orient*. Münster: u.a. LIT.
- Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.) (2013): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schumann, Christoph/Jud, Andrea (2013): *Staatliche Ordnung und politische Identitäten in Syrien*. Bundeszentrale für politische Bildung am 14.02.2013. Text abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/155121/staatliche-ordnung-und-politische-identitaeten-in-syrien?p=all>
- Shadid, Anthony (2011): *Syria Pulls Its Armed Forces From Some Contested Cities*. In: *The New York Times* am 29.06.2011. Text abrufbar unter: <http://www.nytimes.com/2011/06/30/world/middleeast/30syria.html>
- Shammas, Michal (2013): *Die Christen Syriens und ihre Angst vor Veränderung*. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 181-190.
- Sharabi, Hisham (1988): *Neopatriarchy. A Theory of Distorted Change in Arab Society*. Oxford: Oxford University Press.
- Siddique, Haroon (2011): *Syrian women march to demand release of men held in security swoop*. In: *The Guardian* am 13.04.2011. Text abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2011/apr/13/syria-protests-women-block-road>
- Sinjab, Lina (2011): *Syrian city of Deraa hit by deadly clashes*. In: *BBC News Middle East* am 25.04.2011. Text abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-13016843>
- Sluglett, Peter (2007): *The Ozymandias-Syndrome: Questioning the Stability of Middle Eastern Regimes*. In: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): *Debating Arab Authoritarianism*. Stanford: Stanford University Press, 93-108.
- Speer, Sven W. (2010): *Der Pan-Arabismus: eine gescheiterte staatenübergreifende Idee?* In: Robert, Rüdiger/Schlicht, Daniela/Saleem, Shazia: *Kollektive Identitäten im Nahen und Mittleren Osten: Studien zum Verhältnis von Staat und Religion*. Münster: Waxmann, 75-93.
- Spiegel Online (2011): *Panzereinsatz: Syrische Soldaten stürmen Protest-Hochburgen*. In: *Spiegel Online Politik* am 25.04.2011. Text abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/panzereinsatz-syrische-soldaten-stuermen-protest-hochburgen-a-758871.html>

- Spiegel Online (2012): Debatte über Intervention – „Zeitbombe Syrien“. In: Spiegel Online Politik am 27.07.2012. Text abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-europas-presse-diskutiert-moegliche-intervention-a-846725.html> (Zugriff am 15.02.2016).
- Springborg, Robert (1993): The Arab Bourgeoisie. A Revisionist Interpretation. In: Arab Studies Quarterly, 15 (1993), 13-39.
- Stäheli, Martin (2001): Die syrische Außenpolitik unter Präsident Hafez Assad. Balanceakte im globalen Umbruch. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Steinbach, Udo/Robert, Rüdiger (1988): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Grundlagen, Strukturen und Problemfelder. Länderanalyse. In: Koszinowski, Thomas (Hrsg.): Syrien. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1201-1220.
- Stengel, Marie-Theres (2010): Syrien als Wirtschaftspartner – Daten, Fakten und Adressen. Hamburg: Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development e.V.
- Süddeutsche Zeitung (2011): Gold-Kooperationsrat fordert Rücktritt Salihs. In: SZ.de am 22.04.2011. Text abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/massenproteste-in-syrien-und-jemen-mit-wut-gegen-die-waffen-der-autokraten-1.1088456>
- Syrische Verfassung (ohne Datum): Text abrufbar unter: http://www.law.yale.edu/rcw/rcw/jurisdictions/asw/syrianarabrep/syria_constitution.htm
- Tamcke, Martin (2013): Zur Situation der Christen in der Türkei und in Syrien. In: Göttinger Orientforschungen. 1. Reihe: Syriaca, Bd. 43. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag.
- The Guardian (2015): Wake-up call on Syrian army weakness prompted Russian intervention. In: News World Middle East am 01.10.2015. Text abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/oct/01/syrian-military-weakness-russian-intervention> (Zugriff am 15.02.2016).
- The Independent (2013): Freedom Fighters? Cannibals? The truth about Syria's rebels. In: News World Middle East am 17.06.2013. Text abrufbar unter: <http://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/freedom-fighters-cannibals-the-truth-about-syrias-rebels-8662618.html>
- The Syrian Observer (2013): Who's who: General Ali Mamlouk. Text abrufbar unter: <http://www.syrianobserver.com/EN/Who/25087/Who39s+who+General+Ali+Mamlouk>
- The Wall Street Journal (2011): Interview With Syrian President Bashar al-Assad. In: The Wall Street Journal am 31.01.2011. Text abrufbar unter: <http://www.wsj.com/articles/SB10001424052748703833204576114712441122894>
- The World Bank Group (2015): Syrian Arab Republic. Statistik abrufbar unter: <http://data.worldbank.org/country/syrian-arab-republic>
- Van Dam, Nikolaos (2011): The Struggle For Power In Syria. London, New York: I. B. Tauris & Co. Ltd.
- Waterbury, John (1991): Twilight of the State Bourgeoisie? In: International Journal of Middle East Studies, 23 (1991), 1-17.
- Wieland, Carsten (2004): Syrien nach dem Irak-Krieg – Stagnation oder Umbruch? In: ORIENT, 45 (1), 91-124.
- Wieland, Carsten (2012): Syria – A Decade of Lost Chances. Repression and Revolution from Damascus Spring to Arab Spring. Seattle: Cune Press.
- Yahya, Layla Haj (2012): Gewalt in Syrien. In der Nacht von Damaskus. In: Der Tagesspiegel am 02.01.2012. Text abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/gewalt-in-syrien-in-der-nacht-von-damaskus/6010654.html>
- Yazbek, Samar (2012): Von Opfern zu Tätern. Die Alawiten als Geiseln des Regimes. In: Bender, Larissa (Hrsg.): Syrien. Der schwierige Weg in die Freiheit. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 76-82.
- Yom, Sean/Al-Momani, Mohamad: The International Dimensions of Authoritarian Regime Stability: Jordan in the post-Cold War Era. In: Arab Studies Quarterly, 30 (2008), 39-60.

Zeit Online (2012): Syrischer Nationalrat anerkannt. In: Zeit Online Politik am 01.04.2012, Text abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-04/syrien-freunde-abschluss>

Zeit Online (2012): Assad kann kein verbündeter sein. In: Zeit Online Politik IS-Terror am 26.08.2014, Text abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-08/islamischer-staat-assad-irak-syrien-usa> (Zugriff am 15.02.2016).

Ziadeh, Radwan (2011): Power and Policy in Syria. Intelligence Services, Foreign Relations and Democracy in the Modern Middle East. London: I. B. Rauris & Co. Ltd.

Ziadeh, Radwan et al. (2012): Crisis in Syria: What are the U.S. Options? In: Middle East Policy, (19), 1-24.

Zisser, Eyal (2003): A false spring in Damascus. In: Orient, 44/2 (2003), 39-62.

Zisser, Eyal (2007): Commanding Syria: Bashar Al-Asad and the First Years in Power. London: I. B. Tauris & Co. Ltd.

Zoepf, Katherine (2004): The Reach of War: Exodus; Mans Christians Flee Iraq, With Syria the Haven of Choice. In: International New York Times am 05.08.2004. Text abrufbar unter: <http://www.nytimes.com/2004/08/05/world/the-reach-of-war-exodus-many-christians-flee-iraq-with-syria-the-haven-of-choice.html>

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München;
er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

Autor

Martin El-Khoury B.A.

seit 2015 Studium des Master Studiengangs Internationale Beziehungen mit dem Schwerpunkt globale politische Ökonomie an der TU Dresden; darüber hinaus beschäftigt er sich aufgrund seiner syrischen Wurzeln mit dem arabischen Frühling und dessen Konsequenzen.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour

- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht

- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche: Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution? Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg

